Donnerstag, den 6. Mai 1926. Einzelnummer 10 Goldpfennige 37. Jahrgang. — Nr. 104

Volkswacht

für Schlesien

mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung", „Sozialistische Literatur-Rundschau", „Für die Frauen", „Arbeiter-Sportbewegung" u. der monatlichen Beilage „Für die Arbeiter-Jugend"

Bezugspreis: Die „Volkswacht" erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Flurstraße 4/6, durch die Buchhandlung der „Volkswacht", Neue Graupenstraße Nr. 5, durch die Zweigstelle, Zigarrengeschäft Reichelt Matthiasstraße 140, sowie durch alle Austräger zu beziehen. — Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0,46 Goldmark, monatlich 1.70 Goldmark. Durch die Post frei ins Haus 2,06 Goldmark.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2

Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206. Redaktion Ring 3141.
Postscheck-Konto: Postscheck-Amt Breslau Nr. 5652.

Anzeigenpreis: Je Millimeter für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 14 Pf. auswärts 17 Pf. Anzeigen unter Text 70 Pf. Stellenangebote 10 Pf., Familienanzeigen, Stellengesuche, Vereins-, Versammlungs- und Wohnungs-Anzeigen 7 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das fette Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Flurstraße 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Der Skandal der Flaggenverordnung.

Hindenburg hat sie unterzeichnet.

Das Unglaubliche ist Tatsache geworden. Gegen den Willen sämtlicher Republikaner-Parteien hat Hindenburg am Mittwoch abend die neue Flaggenverordnung unterzeichnet, deren Wortlaut bereits heute im „Reichsanzeiger" veröffentlicht werden und damit in Kraft treten soll. Amtlich wird folgende Erklärung ausgegeben:

„Durch eine heut vom Herrn Reichspräsidenten vollzogene Verordnung ist in Ergänzung der Verordnung über die deutsche Flagge vom 11. April 1921 bestimmt worden, daß die Gesandtschaften und konsularischen Behörden des Reiches an außereuropäischen Plätzen und an solchen europäischen Plätzen, die von Seehandelsschiffen angelaufen werden, künftighin neben der Dienstflagge der Reichsbehörden schwarz-rot-gold auch die verfassungsmäßige Handelsflagge führen. Gleichzeitig ist die Flagge der Reichsbehörden zur See, um eine stärkere Betonung der Reichsfarben zu erzielen, durch einen schwarz-rot-goldenen Gösch nach Art der Handelsflagge ergänzt worden."

* * *

Vom schlechten Gewissen getrieben sieht sich die Reichsregierung gleichzeitig zu einer Beschwichtigungserklärung veranlaßt, in der sie sich zu der unerhörten Behauptung versteigt, die Verordnung habe keinerlei politische, sondern nur praktische Bedeutung. Herausfordernder gegenüber den republikanischen Parteien kann keine Regierung die Farben der Republik durch das Schwarz-Weiß-Rot der Monarchisten ersetzen. Abermals wiederholt die Regierung ihre unwahre Behauptung, daß die Verordnung einen „Ausgleich" schaffen wolle, da die Farbe Schwarz-Rot-Gold von den Auslandsdeutschen als „unerträglich" empfunden würde.

* * *

Die demokratische Reichstagsfraktion hat am Mittwoch nach den ergebnislosen Verhandlungen mit der Regierung zu der Flaggenverordnung Stellung genommen und ihre Auffassung dahin niedergelegt, daß sie mit der Verordnung der Regierung „nicht einverstanden" ist. Die Fraktion beabsichtigt von sich aus nichts gegen die Regierung zu unternehmen, scheint aber entschlossen zu sein, für die Aufhebung der Verordnung zu stimmen, wenn ein derartiger Antrag im Reichstag eingebracht wird. In diesem Falle würde sie vorher den Reichsminister des Innern Dr. Külz aus dem Amt zurückziehen. Külz hat sich bei der Abstimmung in der Fraktion mit dem Abg. Sparrer der Stimme enthalten, während die übrigen demokratischen Abgeordneten der ablehnenden Auffassung des Fraktionsvorsitzenden Dr. Koch ihre Zustimmung gaben.

Die demokratische Fraktion dürfte zu einer klaren Stellungnahme im Parlament Gelegenheit haben, nachdem die sozialdemokratische Reichstagsfraktion am Mittwoch abend beschlossen hat, eine Interpellation einzubringen, in der die Regierung gefragt wird, aus welchen Gründen sie trotz der ablehnenden Haltung der Regierungsparteien die Flaggenverordnung in Kraft gesetzt hat. Es ist zu erwarten, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion nach Abschluß der Debatte über diese Interpellation ein Mißtrauensvotum gegen die Regierung einbringen wird.

Das Echo in Berlin.

Zu einer ungeheuren Massenkundgebung gestaltete sich der Protest, den das Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold" am Mittwoch Abend in Berlin veranstaltete. Noch nie wies eine Massenkundgebung des Reichsbanners in der Reichshauptstadt eine solche ungeheure Beteiligung und einen solchen Zustrom aus allen Schichten der Berliner Bevölkerung auf wie dieser spontane Protest gegen die herausfordernde Flaggenverordnung der Reichsregierung. Ein Sturm der Entrüstung brauste durch die Massen, als der Vertreter des Zentrums und der Vorsitzende der Windhorst-Bünde Reichstagsabgeordneter Krohne zu Beginn seiner Ansprache mitteilte, daß Hindenburg die Verordnung soeben unterzeichnet habe. Minutenlang hallten Pfuirufe und die Forderung „Nieder mit der Verräterregierung!" Wie der Vertreter des Zentrums rückte auch im Namen der Demokraten Abg. Bergsträsser in scharfen Worten ab von dem Vorgehen der Regierung. Für die Sozialdemokratie erinnerte Abgeordneter Saenger daran, daß sich am 12. Mai der Tag jährt, an dem Hindenburg den Eid auf die schwarz-rot-goldene Reichsflagge geleistet hat. Er hob hervor, daß die Farben der deutschen Republik auch ein Ausdruck des großdeutschen Gedankens und das Wahrzeichen aller Deutschen von der Etsch bis zu dem Belt sind. Brausender Beifall wurde dem Redner gezollt, als er erklärte, daß es mit dieser Regierung abzurechnen gilt, die den Republikanern so etwas zu bieten wagt und die alles verleugnet, was den werktätigen Massen Wahrzeichen ihrer Freiheit und ihrer Ideale ist. Tosend wurden die Zwischenrufe, als Saenger erklärte, daß die Republikaner nicht dulden werden, daß dieser Erlaß zur Tat wird und es als Pflicht bezeichnete, dafür zu sorgen, daß dieser erste Schlag der Monarchisten zugleich ihr letzter wird. Die Häupter entblößten sich, als in diesem Augenblick Saenger Friedrich Ebert grüßte, der in Treue bis zum Tode bei der Sache der Republik stand.

Pressestimmen zur Flaggenverordnung.

In der republikanischen Presse kommt die große Empörung über das Vorgehen der Reichsregierung zum Ausdruck. Der „Vorwärts" schreibt:

„Die Reichsregierung hat keine Mehrheit im Parlament. Zwei Regierungsparteien, darunter die stärkste, versagen ihr die Gefolgschaft. Diese Regierung ohne Mehrheit, verlassen von den eigenen Parteien, wirft dem Volk die Provokation der Flaggenverordnung hin..... Im Parlament, wo sie Rede und Antwort zu stehen und ihre Mehrheit zu prüfen hat, erhält sie die endgültige Antwort. Sie lautet: „Fort mit der Regierung der schwarz-weiß-roten Flaggenverordnung!"

Die „Germania" bestreitet ernstlich die Verfassungsmäßigkeit der Verordnung und erklärt: „Das Vertrauen des Zentrums zu dem Reichskanzler Luther hat einen Stoß erhalten, der nicht ohne Einfluß bleiben kann auf das Verhältnis der Partei zu dem gegenwärtigen Chef der Regierung." „Das deutsche Volk", fährt das Zentrumsorgan dann fort, „hat sieben Jahre lang in einem Irrtum gelebt. Sieben Jahre lang hat es sich eingebildet, unter parlamentarischem Regime zu leben. Reichskanzler Luther ist gerade dabei, dem deutschen Volk zu zeigen, daß wir nach wie vor unter dem Regime der Geheimräte leben." Und an anderer Stelle wiederholt das Blatt: „Der Streit dreht sich sonach nicht mehr um die Flaggenfrage, er dreht sich darum, ob in Deutschland die Parteien oder die Herren Geheimräte regieren, ob wir Geheimrats- oder parlamentarisches Regime haben. Für das Zentrum im besonderen handelt es sich einfach darum, ob es sich von den jetzt regierenden Geheimräten noch auf der Nase herumtanzen lassen will. Das Ganze ist nichts anderes als eine Kraftprobe auf die Lammesgeduld des Zentrums." Das Blatt schließt: „Haben unsere Parteien auch nur einen Funken eigenen Willen und nur einen Funken politischen Gefühls, auf dessen Manko Herr Luther sich so viel zugute tut, so werden sie merken, um was der Streit tobt und werden die Konsequenzen aus dieser Erkenntnis ziehen. Sie werden den ihnen hingeschleuderten Fehdehandschuh aufheben und den „Kampf mit dem Fachmann" nicht scheuen. In einem Lande mit politischer Tradition wäre die Entscheidung keinen Augenblick zweifelhaft. Herr Luther kann viel — er kann auch fallen."

Das „Berliner Tageblatt" bezeichnet das Vorgehen des Reichskanzlers und des Reichsaußenministers als eine sehr bedauerliche Rücksichtslosigkeit gegenüber den Parteien, „die dem Reichskabinett geholfen haben, seine auswärtige Politik durchzusetzen, und um diese Politik nicht zu stören, vieles schweigend hingenommen haben, was ihnen gründlich mißfiel."

Im Rechtsausschuß des Reichstags

verfiel der Gesetzentwurf auf Enteignung der Fürsten, der dem Volksbegehren zugrunde gelegen hat, der einmütigen Ablehnung durch die bürgerlichen Parteien. Lediglich die zehn Sozialdemokraten und Kommunisten stimmten für den Gesetzentwurf, der zum Volksentscheid kommt, während alle 17 bürgerlichen Vertreter dagegen stimmten. Abgelehnt wurde ferner mit allen Stimmen gegen die der Demokraten der demokratische Abänderungsantrag zum Volksentscheid. Schließlich wurde auch der Abänderungsantrag des Zentrums mit 21 gegen 6 Stimmen (die des Zentrums und der Demokraten) abgelehnt.

Vor Eintritt in die sachliche Beratung verlangten die Vertreter des Zentrums und der Demokraten eine Klärung der aufgetauchten verfassungsrechtlichen Bedenken und eine Stellungnahme der Reichsregierung zu der Frage, ob die beiden Abänderungsanträge des Zentrums und der Demokraten einer verfassungsändernden Mehrheit bedürften, um neben dem Gesetzentwurf des Volksbegehrens gestellt werden zu können.

Abg. Dr. Rosenfeld (Soz.) erklärte: Die Sozialdemokratische Fraktion hat der Ueberweisung des Gesetzentwurfes für das Volksbegehren und der von den Demokraten und dem Zentrum gestellten Abänderungsanträge an den Rechtsausschuß lediglich deshalb zugestimmt, weil die Beratung im Ausschuß von zwei großen Fraktionen des Reichstages gewünscht wurde; nicht aber weil eine Beratung im Ausschuß aus sachlichen Gründen geboten erschien. Der Gesetzentwurf des Volksbegehrens ist als sozialdemokratischer Abänderungsantrag zum Kompromißvorschlag der Regierungsparteien bereits in zwei Lesungen eingehend beraten worden. Auch der materielle Inhalt der Abänderungsanträge der Demokraten und des Zentrums ist in allen Sitzungen des Rechtsausschusses durchgesprochen worden. Demokraten und Zentrum fordern in ihren Abänderungsvorschlägen so weitgehende Aenderungen des Volksbegehrens, daß durch sie das Volksbegehren auf Enteignung der Fürstenvermögen in einer Weise umgestaltet werden würde, die den Wünschen der 12½ Millionen Wähler und Wählerinnen, die das Volksbegehren gefordert haben, nicht entspräche. Der demokratische Antrag läuft darauf hinaus, aus der Enteignung eine Abfindung der Fürstenhäuser zu machen. Der Zentrumsantrag bringt keine endgültige Entscheidung, sondern lediglich die Verweisung der Entscheidung an ein Gericht. Diese Regelung ist von der Sozialdemokratie immer bekämpft worden. Es kommt hinzu, daß das Volksbegehren der schleunigsten Behandlung bedarf, und daß es, nachdem jetzt ein Drittel des deutschen Volkes die Abstimmung über den Gesetzentwurf des Volksbegehrens gefordert hat, geboten erscheint, zunächst der Durchführung des Volksbegehrens freien Lauf zu lassen. — Auch die Vertreter der übrigen Parteien stimmten darin überein, daß langwierige Verhandlungen jetzt vermieden werden müßten.

In der Schlußabstimmung sprach sich der Rechtsausschuß mit 14 gegen 12 Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten dahin aus, daß der Gesetzentwurf des Volksbegehrens verfassungsändernden Charakter hat.

Die zweite Herausforderung.

Man kann von der Regierung Luther-Stresemann nicht sagen, daß sie der Inbegriff politischer Genialität sei. Eine Fähigkeit aber hat sie bis zur Virtuosität ausgebildet. Sie versteht es, wie kaum eine andere Regierung zuvor, das Volksempfinden zu brüskieren. Die Erklärung der Regierung zum Volksbegehrensgesetz für die Fürstenenteignung war zum Beispiel eine Provokation der 12½ Millionen Staatsbürger, die das Volksbegehren unterzeichnet haben. Die schwarz-weiß-rote Flaggenverordnung, die nicht der Initiative des Reichspräsidenten, sondern der Reichsregierung entspringt, ist eine zweite schwerere Provokation aller Republikaner in Deutschland, und das ist immer noch die beträchtliche Mehrheit der Bevölkerung der Deutschen Republik.

Die Regierung bemüht sich, ihre Verordnung als ein harmloses, fast unpolitisches Unterfangen hinzustellen. Sie redet sich darauf hinaus, daß ihr Werk auf Anregungen der Auslandsmissionen zurückzuführen ist, und sie scheut dabei vor der gröblichen Irreführung nicht zurück, daß Sozialisten in amtlicher Stellung im Ausland diese Verordnung befürwortet hätten. Das ist eine „führende" Regierung, die auf eine Anregung von Auslandsmissionen hin das Symbol der Republik preisgeben und einen schweren innerpolitischen Konflikt heraufbeschwören will! Im übrigen zeigt ihre Beweisführung mit unlauteren Angaben, wie dürftig es um ihre Sache steht.

In Wahrheit entspringt die Flaggenverordnung den versteckten Rechtstendenzen und den versteckten monarchistischen Tendenzen in der Deutschen Volkspartei und in der Reichsregierung. Wenn die Chefs der Auslandsmissionen fest überzeugt wären, daß die Regierung jede Anregung, die Verfassungsbestimmung über die Reichsfarben zu durchlöchern, zurückgewiesen hätte, so wären diese Anregungen niemals erfolgt. Sie waren nur möglich, weil die Befürworter von Schwarz-Weiß-Rot auf die schwarz-weiß-roten Unterströmungen in der Regierung und in der Deutschen Volkspartei gerechnet haben, weil sie wußten, daß das Bestreben des rechten Flügels der Regierung ist, den Anschluß an die Deutschnationalen niemals völlig zu verlieren.

Inzwischen hat die Reichsregierung trotz des Einspruches von zwei großen Regierungsparteien und der Sozialdemokraten die Flaggenverordnung hinausgehen lassen. Die Art und Weise, wie sie auf den Einspruch von Demokraten und Zentrum hin in der Verordnung selbst ein Kompromiß gesucht hat, fügt zur Provokation die Lächerlichkeit. Die Verordnung soll nur für Uebersee und für die europäischen Hafenstädte gelten. Damit wird die Repräsentation der Deutschen Republik im Auslande zu einer kläglichen Komödie. Man stelle sich die Konsequenzen vor; Das Deutsche Reich zeigt in Moskau die schwarz-rot-goldene Flagge, in Leningrad (Hafenstadt) die schwarz-weiß-roten Fahnen, in Stockholm die schwarz-rot-goldenen und in Kopenhagen die schwarz-weiß-roten Farben. London, Englands Hauptstadt, ist Hafenstadt, Paris, Frankreichs Hauptstadt ist nicht Hafenstadt. In England sind also die Farben des Deutschen Reiches schwarz-weiß-rot, in Frankreich schwarz-rot-gold. Eine solche Kläglichkeit, eine solche Demonstration der Uneinigkeit, der Zerrissenheit und, es muß gesagt werden, der inneren Unehrlichkeit, wagt die Regierung Luther dem deutschen Volke zu bieten.

Aber noch ist nicht aller Tage Abend: Der Reichskanzler mag sich vor einem kommunistischen Mißtrauensvotum, das die Gegner der Reichsflagge von links heute im Reichstag einbringen wollen, vielleicht nicht fürchten, weil er von rechts, da es gegen Schwarz-Rot-Gold geht, auf Zuzug wartet. Wenn er aber im Parlament von den republikanischen Parteien, und vor allem von der stärksten Partei des Reichstages, der Sozialdemokratie, durch die beschlossene Interpellation zur Rede gestellt wird, dann muß er sich entscheiden, ob er die Konsequenzen ziehen will oder ob er als Führer der schwarz-weiß-roten Gegner der Republik den Kampf gegen das Symbol der Republik auf sich zu nehmen beabsichtigt. Dann wird nicht mehr Zeit sein für Verlegenheitsausreden und Beruhigungsversuche, für Irreführungen und historische Entstellungen. Der Reichskanzler wird sich dann nicht mehr hinter der falschen Behauptung decken können, daß er und seine Regierung mit der Flaggenverordnung nur eine Absicht von Friedrich Ebert durchführte. Niemals hätte Ebert dem Ausland das klägliche Schauspiel geboten, das sich die Regierung jetzt geleistet hat.

Das Signal zu der großen bevorstehenden Auseinandersetzung ist von der Regierung selbst gegeben worden. Sie hat geglaubt, sich als Regierung gegen den Volkswillen entpuppen zu sollen, ohne sich über die Konsequenzen ihres Verhaltens klar zu sein. Eine Regierung, die so handelt, hat unseres Erachtens das Recht verwirkt, länger die Geschäfte der Republik zu führen. Von diesem Gesichtspunkt aus dürfte die Sozialdemokratie den Kampf für die republikanischen Reichsfarben aufnehmen und, sei es im Parlament oder durch Reichstagsauflösung, durchführen!

Der Riesenkampf in England.

Macdonald bei Baldwin.

Internationale Solidarität.

Das Ereignis des englischen Generalstreiks wird von der gesamten organisierten Arbeiterschaft der Welt mit leidenschaftlicher Anteilnahme verfolgt. Auch der einfachste Arbeiter ist sich heute über die Internationalität dieses Kampfes zwischen Kapital und Arbeit klar; er weiß, was auf dem Spiele steht, und gerade deshalb bricht in allen Ländern, überall in der Welt, wo sich die Arbeiterklasse organisiert hat, in Europa, in Amerika, in Indien und Südafrika, ein auffallend starker Solidaritätswille hervor.

Der Nationalkonvent der sozialistischen Partei Amerikas hat eine Entschließung gefaßt, in der er die amerikanischen Arbeiter auffordert, alles zur Sicherung des Sieges der englischen Arbeiter beizutragen. Die kanadischen Arbeiter haben, wie der Präsident des kanadischen Handels- und Arbeiterrats, Mooge, an den britischen Gewerkschaftskongreß telegraphierte, dem englischen Proletariat volle moralische und, wenn nötig, finanzielle Unterstützung zugesagt. Die südafrikanischen organisierten Arbeiter treten am Donnerstag zu einem nationalen Kongreß zusammen, der über die Politik der Unterstützung der englischen Arbeiter Beschluß faßt. Auch die indischen Arbeiter haben den englischen Kollegen ihre Sympathie zum Ausdruck gebracht und der Altindische Gewerkschaftskongreß hat dem englischen Gewerkschaftsrat ebenfalls Hilfe angeboten.

Was die überseeische Arbeiterschaft an moralischer und finanzieller Hilfe leisten wird, das wird die europäische Arbeiterschaft doppelt, dreifach und zehnfach aufbieten. Die deutsche Arbeiterschaft, die in der Zeit der Inflation, als die Gewerkschaften finanziell vor dem Zusammenbruch standen, den Wert der internationalen Arbeitersolidarität neu kennen lernten, wird mit allen Kräften das ihrige dazu beitragen, daß die englischen Arbeiter ihren Kampf erfolgreich durchführen.

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes trat am Mittwoch mit den Vorständen des Bergarbeiterverbandes, des Verkehrsbundes, des Einheitsverbandes der Eisenbahner und des Afabundes zu einer Konferenz zusammen. Man war einmütig der Auffassung, daß von den deutschen Gewerkschaften alles zur Unterstützung der englischen Gewerkschaften getan werden muß. Die Konferenz beschloß einstimmig, durch die beteiligten Organisationen die Bebunkerung englischer Schiffe in deutschen Häfen zu verweigern, sowie die Anmusterung deutschen Personals für englische Schiffe zu verhindern und in jeder Weise dahin zu wirken, daß ein Transport deutscher Kohle nach englischen Häfen unterbleibt. Die erforderlichen Maßnahmen sind bereits eingeleitet.

Am 11. Mai wird voraussichtlich die Sozialistische und die Gewerkschafts-Internationale in Amsterdam gemeinsam zum englischen Streik Stellung nehmen. Wenn bis dahin der Kampf in England nicht bereits zugunsten der Arbeiter entschieden ist, dann dürfte die Welt mit Staunen erfahren, daß trotz Wirtschaftskrisen und Arbeitslosigkeit der Opferwille der organisierten Arbeiterschaft im Kampfe um die Lebensrechte und den Aufstieg des Proletariats heute stärker ist denn je.

* * *

Amsterdam, 5. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Der Internationale Gewerkschaftsbund hat auf Grund vieler Gesuche britischer Gewerkschaften um moralische und finanzielle Unterstützung einen Aufruf an alle angeschlossenen und befreundeten Organisationen abgesandt. Australien teilte am Mittwoch drahtlich die Zusage aller gewünschten Unterstützungen mit. Belgien trifft bereits Maßnahmen für eine finanzielle Unterstützungsaktion. Die weiteren Beratungen gelten vor allem der Frage der moralischen Unterstützung.

Eine Vorstandssitzung des Internationalen Gewerkschaftsbundes ist für den 10. Mai vorgesehen.

* * *

London, 5. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Der Sekretär der Bergarbeiter-Internationale, Frank Hodges, erklärte gegenüber dem Londoner Vertreter des „Soz. Pressedienst":

„Das Internationale Komitee des Bergarbeiter-Verbandes hat mit dem Internationalen Transportarbeiter-Verband eine gemeinsame Sitzung für kommenden Sonnabend nach Ostende einberufen, um die durch den Generalstreik eingetretene Lage in Großbritannien und im übrigen Europa zu besprechen. Das Internationale Komitee der Bergarbeiter erwartet, daß die Bergarbeiter aller Länder ihre englischen Kameraden in ihrem großen Kampfe im Sinne der von der Bergarbeiter-Internationale am 17. April in Brüssel gefaßten Beschlüsse unterstützen werden. Die Bergarbeiter-Internationale hat damals die Bergarbeiter aller Länder aufgefordert, gemeinsam mit den Transportarbeitern ihrer Länder alle nötigen Schritte zu unternehmen, daß im Falle einer Arbeitseinstellung keine Kohle nach England befördert wird. Die Frage eines internationalen Bergarbeiterstreiks ist jetzt aufgeworfen worden.

In Ostende werden sich die beiden internationalen Komitees einen Ueberblick verschaffen über die Maßnahmen, die auf Grund der Brüsseler Beschlüsse in den verschiedenen Ländern zwischen den Bergarbeitern und den Transportarbeitern bereits getroffen worden sind, und werden die weiteren Schritte erörtern, die noch unternommen werden sollen."

* * *

London, 6. Mai. (Eigener Funkbericht.)

Der britische Bergarbeiter-Verband hat ein Manifest erlassen, in dem betont wird, daß der Angriff auf die Bergarbeiter nicht nur diesen, sondern allen anderen Arbeitern des Landes und der gesamten britischen Gewerkschaftsbewegung gegolten habe. Die Unterstützung, die die Bergarbeiter gefunden haben, gebe ihnen die Gewißheit, daß die Sache der Arbeiterschaft siegreich sein werde.

Die regierungsoffizielle „British Gazette" vom Donnerstag veröffentlicht eine Erklärung, daß die britische Regierung keiner zukünftigen Beilegung des gegenwärtigen Konfliktes ihre Zustimmung erteilen werde, die nicht die in Arbeit verbliebenen Arbeitnehmer vor einer zukünftigen gewerkschaftlichen Maßregelung wirksam schütze. In Gewerkschaftskreisen vertritt man die Auffassung, daß diese Erklärung der Regierung unter Umständen einen entscheidenden Hemmschuh für die zukünftige Beilegung des Konfliktes bilden wird.

Um Mitternacht verlautet, daß Macdonald soeben zu einer Konferenz mit dem Ministerpräsidenten Baldwin berufen worden ist, um mit ihm über eine etwaige Beilegung des Konfliktes zu beraten.

* * *

Amsterdam, 5. Mai. (Eigener Drahtbericht.)

Der Generalstreik in England wirkt sich auch in Holland stark aus. Verschiedene Anschlußzüge an die Dampfer aus England sind ausgefallen, darunter auch der internationale Schnellzug van Hoek van Holland nach Berlin, der erst von Rotterdam abgelassen wird. Die holländische Post hat bekannt gegeben, daß es zwecklos sei, Post nach England abzuschicken, da der Postverkehr über den Kanal stillgelegt ist.

Streikwirkungen.

Der Eisenbahnverkehr liegt still.

London, 5. Mai. (Eigener Drahtbericht.)

Die Lage hat im Laufe des Mittwoch insofern eine Verschärfung erfahren, als jetzt mehr und mehr die Arbeiterkategorien, die von dem Hauptquartier der Gewerkschaften als zweite Linie bezeichnet werden, in die Streikbewegung einbezogen werden. Es handelt sich hier um Arbeitergruppen, die in die Generalstreikparole nicht inbegriffen waren und die auch bisher keine Aufforderung zur Arbeitsniederlegung erhalten haben.

Die Ursachen hierfür sind vorwiegend technischer Natur: das Versagen der Kraftversorgung und die Schwierigkeiten in der Heranführung von Material. Auf der anderen Seite haben die Anstrengungen der Eisenbahnen und sonstiger Transportunternehmungen, ihre Betriebe durch Streikbrecher aufzunehmen, in erhöhtem Maße eingesetzt. Diese Bemühungen waren jedoch von keinem Erfolg gekrönt. Schon am Mittwoch früh waren die Eisenbahnen gezwungen, den Ausfall einer Reihe geplanter Züge anzukündigen. Am Abend wurde auch von amtlicher Seite zugestanden, daß der Verkehr am Mittwoch praktisch stilliegt. Auch die von verschiedenen Londoner Untergrundbahnen geplante Ausdehnung des Verkehrs war undurchführbar. Außer der Freiwilligenwerbung der Transportunternehmungen hat die Werbetätigkeit der Regierung an Intensität zugenommen.

Alles in allem genommen herrscht im ganzen Lande Ordnung. An einigen Orten ist es allerdings zu Ausschreitungen gekommen. In Nottingham wurde von Streikenden ein von Streikbrechern bedienter Omnibus umgeworfen. Ein ähnlicher Vorfall ereignete sich in Newcastle.

Irgendwelche Schwierigkeiten in der Lebensmittelversorgung sind bisher nicht eingetreten. Zu der Verteuerung der Milch ist eine Erhöhung der Preise für Gemüse und Kartoffeln hinzugetreten sowie eine hundertprozentige Steigerung der Preise für Fische. Am Mittwoch hat zum erstenmale unter der Bevölkerung eine gewisse Neigung zur Hamsterung von Lebensmitteln eingesetzt. Die Gewerkschaften, die bisher die Nachrichtenübermittlung an die Bevölkerung offiziösen Quellen überlassen hatte, beantworteten am Mittwoch abend die Herausgabe der „British Gazette" durch die Regierung mit der Veröffentlichung eines unter dem Namen „British Worker" erscheinenden offiziellen Streik-Bulletins, das nach Ueberwindung zahlreicher technischer Schwierigkeiten in der Druckerei des „Daily Herald" erscheint. Dieser Schritt hat sich als notwendig erwiesen, um dem Versuch der Regierung, den Streik als einen politischen Streik hinzustellen, entgegenzutreten und auf den rein industriellen Charakter des Streiks hinzuweisen.

Neubildung der lettländischen Regierung. Das lettländische Parlament hat heute die neue Regierung, die sich auf den Bauernbund und die Zentrumsparteien stützt, bestätigt.

Zur Reorganisation des Völkerbundsrates.

Vorschläge für die Genfer Kommission.

Am 10. Mai tritt in Genf die Kommission zusammen, die nach dem ergebnislosen Verlauf der Genfer Völkerbundsversammlung im März eingesetzt worden ist, um die Vorschläge für eine Neuorganisation des Völkerbundsrates zu prüfen.

Die deutsche Regierung delegierte bekanntlich den deutschen Botschafter in Paris, Dr. v. Hoesch, der sich zur Empfangnahme von Instruktionen augenblicklich in Berlin aufhält, und den Ministerialdirektor Gaus als Vertreter in der Kommission. Es verlautet, daß folgende Vorschläge als Basis für die Arbeiten der Kommission dienen sollen:

Der Völkerbundsrat soll vergrößert werden, und es sollen drei Kategorien von Ratssitzen geschaffen werden:

1. Ständige Sitze, die ausschließlich den Großmächten vorbehalten bleiben. Das würde bedeuten, daß in der Septembertagung nur Deutschland einen neuen ständigen Sitz erhält. Die Zahl der ständigen Sitze könnte nur erhöht werden, wenn etwa die Vereinigten Staaten oder die russische Sowjet-Union Mitglieder des Völkerbundes werden sollen.

2. Halbständige Sitze, die zunächst für die Dauer von sechs Jahren vergeben werden, mit dem Rechte der Wiederwahl dieser Ratsmitglieder nach Ablauf der sechsjährigen Frist. Bei der Einrichtung dieser halbständigen Sitze ist in der Hauptsache an Spanien, Polen, Brasilien und die Kleine Entente gedacht.

3. Nichtständige Sitze, die auf die Dauer von drei Jahren vergeben werden. Nach Ablauf der Frist bleibt eine Wiederwahl derselben Inhaber der nichtständigen Sitze ausgeschlossen.

Rücktritt der polnischen Regierung.

Warschau, 5. Mai. (Eig. Drahtbericht.) Die Regierung Strzynski ist am Mittwoch, wie angekündigt, zurückgetreten. Es ist nicht ausgeschlossen, daß der bisherige Ministerpräsident das dritte Mal mit der Regierungsbildung beauftragt wird.

Rücktritt des belgischen Innenministers Jacquemyns.

Brüssel, 5. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Der Innenminister Rolin Jacquemyns hat am Mittwoch seine Demission gegeben mit der Begründung, daß er nicht mehr mit der Haltung der Regierung in der Frage der Lösung der Finanzkrise einverstanden sei. Der zurückgetretene Minister war an sich Liberaler, vertrat aber nicht die Libérale Partei innerhalb der demokratischen Regierung. Vertreter des zurückgetretenen Innenministers wird voraussichtlich Kolonialminister Carton de Wiart, der dem konservativen Flügel der Katholischen Partei angehört. Einstweilen glaubt man nicht an eine allgemeine Regierungskrise; jedoch ist es immerhin möglich, daß unter den gegenwärtigen ganz besonders schwierigen Verhältnissen die Regierung zu einer „Regierung der öffentlichen Wohlfahrt" erweitert wird, in der auch die Liberalen vertreten sind.

Diese Möglichkeit ergibt sich auch aus der Debatte über die Finanzpolitik, die am Mittwoch in der Kammer fortgesetzt wurde. Vandervelde sowohl wie der Ministerpräsident erklärten offen, daß sie nicht deserieren werden, aber bereit seien, jede loyale Unterstützung zur Rettung des Franken anzunehmen. Aus den Reden der Liberalen kann man schließen, daß sie geneigt sind, einem entsprechenden Aufruf zu folgen; vorläufig haben also noch keine Verhandlungen stattgefunden, auch ein entsprechendes Angebot liegt noch nicht vor.

Kein Abbruch der finnländisch-russischen Verhandlungen über Garantieverträge.

Aus Helsingfors wird gemeldet:

Das finnländische Außenministerium dementiert die Meldungen der ausländischen Presse, wonach Finnland die Verhandlungen mit der Sowjetregierung über einen Sicherheitsvertrag abgebrochen habe. Diese Mitteilung und der hinzugefügte Hinweis, daß England darauf hingewirkt hätte, seien völlig aus der Luft gegriffen. Die finnländische Regierung sei auch jetzt noch mit der Prüfung dieser Frage beschäftigt, wovon die Vertretung des Sowjetbundes verständigt worden ist.

Die Vertreter der Rifkabylen für die Friedenskonferenz in Marokko, deren Ankunft für Mittwoch erwartet worden war, werden erst am Donnerstag in Udjda eintreffen. An diesem Tage läuft bekanntlich der Waffenstillstand ab, so daß die Entscheidung darüber getroffen werden muß, ob die Friedensverhandlungen fortgesetzt oder ob die militärischen Operationen wieder aufgenommen werden. Der Ministerpräsident Briand hat mit dem Kriegsminister Painlevé und dem Marschall Pétain eine Besprechung über die Lage in Marokko gehabt. Diese Frage wird auch den für Donnerstag einberufenen außerordentlichen Kabinettsrat beschäftigen.

Der Bürge.

Roman von Th. H. Hall Caine.

[4]

„Komm, laß uns das Geschäft abmachen," sagte sie. Dann las Greeba einen Namen nach dem andern herunter.

„Daniel Kinwig, zwölf Pfund," las Greeba, und daraufhin trat ein ältlicher, breitköpfiger Mann einen Schritt vor.

„Kinwig," sagte Frau Fairbrother, indem sie an ihrem Leinwandbeutel herumtastete, „Ihr habt hundert Pfund für zwei Jahre von mir geborgt. Ich rechnete Euch zwölf Prozent an. Sechs wären genug gewesen. Hier ist die Differenz." Sie zählte zwölf Pfundnoten ab und hielt sie ihm in ihren zusammengeschrumpften Fingern hin. Der Mann nahm sie wortlos.

„Weiter," rief sie darauf heftig.

„Frau Corlett, zwei Pfund," las Greeba. Und eine Frau in Witwenhaube und einem langen Mantel trat, sich die Augen wischend, vor.

„Bella Corlett," sagte Frau Fairbrother, „als ich Ballacreggan für Eure unbezahlte Schuld an mich nahm, da bat Ihr mich um das Federbett, auf dem Eure Mutter starb, und um den Stuhl Eures Vaters. Ich gab sie Euch nicht, trotzdem ich dergleichen genug hatte. Da sind zwei Pfund für Euch, und Gott verzeihe mir." Die Frau nahm das Geld und begann zu weinen.

„Gott vergelte es Euch. Der Himmel wird Euch dafür belohnen," wimmerte sie.

Frau Fairbrother aber schob sie mit einem kurzerischen Wort und einer verdrießlichen Gebärde auf die Seite und rief: „Greeba, den folgenden Namen auf der Liste!"

„Peter Kermode, vierundzwanzig Pfund, zehn Schilling," las Greeba. Ein kleiner, alter Mann mit finsterem, hartem, hündischem Gesicht machte sich Bahn durch die Leute.

„Kermode, Ihr habt ja immer versucht, mich zu betrügen, wie Ihr's jedermann macht. Als Ihr mir damals jene kleine Schafe verkauftet, zu sechs Schilling das Stück, dachtet Ihr, ich wäre alle von der Jungfernstiege herabgefallen. Ihr habt dreißig Pfund an ihnen verloren und Euch damit an den Bettelstab gebracht. Das geschah Euch recht. Ich verkaufte sie drei Tage später zu ein Pfund das Stück. Hier ist die Hälfte des Unterschiedes, und nun versucht, für den Rest Euer Tage ehrlich zu sein. Es wird das keine zu langwierige Aufgabe sein, da Ihr nicht weit von des Teufels Pforten entfernt seid, und es lohnt es sich nicht mehr, ein Bösewicht zu sein."

Jetzt hielt sie inne, um Atem zu schöpfen.

„Ja, es ist wahr, ja, ja, Ihr habt ganz recht, Frau," sagte der Mann mit kläglicher Stimme, „und in der Stunde des Todes muß es ein großer Trost sein, rechtschaffen gewesen zu sein. Wir wollen mit Euch singen, Frau. Ich will nun auf dem rechten Wege wandeln, und wenn es dem Herrn gefällt, nie mehr abtrünnig werden."

Und während er das Geld in seiner schmutzigen Hand nachzählte, stimmte der alte Heuchler eine Methodistenhymne an:

„Dies ist Gott, den wir verehren,
Unser treuer, guter Freund."

Doch Frau Fairbrother schrie ihn an, stille zu sein, nahm alle ihre Kräfte zusammen und fuhr mit ihrer Abrechnung fort, bis sie alle abgefertigt waren. Und während sie jedem das Geld hinreichte und die Klauen des Todes den harten Griff ihrer eigenen starren Finger lösten, zitterte sie sichtlich, hielt das Geld hin, zog es wieder zurück, hielt es wieder hin, als ob sie sich auch jetzt noch nicht von ihm zu trennen vermöchte.

Als alles vorbei war, verabschiedete sie die Leute mit einer wegwerfenden Handbewegung und fiel auf das Polster zurück.

Da dachte Greeba, daß der Augenblick günstig sei, für ihren Vater zu bitten, und erwähnte seinen Namen. Frau Fairbrother schien erst gar nichts zu hören. Als Greeba aber in sie drang, antwortete sie wütend, für ihren Gatten habe sie kein Mitleid, und kein Penny ihres Geldes solle ihm gekommen.

Spät am Tag, als der Arzt, den man vom Douglas hatte kommen lassen, bedenklich über ihr den Kopf schüttelte, rief sie ihn Gläser rufen. Die kamen und umstanden ihr Bett, und auch Greeba, die sie von Anfang an gepflegt hatte, war zugegen.

„Jungens", sagte sie zwischen vielen Anfällen von Schmerzen, „nur allein haltet das Land zusammen und teilt es nicht. Bringt auch keine Weiber hierher, sonst gibt es Unfrieden. Und wenn einer mal auch heiraten will, so zahlt ihm seinen Anteil aus und laßt ihr gehen. Vergeßt die Kuh nicht, die Haid fallen soll, und seht zu, daß sie jeden Abend mit Heu gefüttert wird. Laßt am Marktag die Gänse von Barrule herunter und füttert die Schafe in den Bergen jede Woche einmal; denn die Landleute von Ballaqueeny sind schlimme Diebe."

Sie versprachen ihr pflichtgemäß, alles, was sie erwähnt hatte, zu tun oder zu lassen. Da solche Szenen nicht gewöhnt waren, wurde es ihnen nach und nach unerträglich, und sie schlichen sich, einer nach dem andern, weg.

„Und Jungens, noch etwas", sagte sie, die müden Arme ausstreckend, „gebt dem Mädchen, was ihr gekommt, und laßt sie heiraten, wen sie will."

Auch das wurde feierlich versprochen. Nun dachte sie, daß sie als redliche Frau den Menschen und der Welt gegenüber ihre Pflicht getan — auf Höheres gab sie nichts — und fiel mit einem schweren Seufzer auf ihr Kissen zurück.

Nun war aber Nichtheiraten keineswegs das Mittel, Streit zu verhindern. Denn kaum hatte Frau Fairbrother den letzten Atemzug getan, als die Brüder, auch ohne Weiberhilfe, zu zanken begannen. Asher murrte, weil Thurstan betrunken war, und dieser knurrte, daß Asher faul sei. Asher behauptete, daß ihm als Aeltester gesetzlich eigentlich alles Land gehöre. Darüber wurden Roß und Stean wütend und tobten bei dem Gedanken, bloß Knechte auf ihres Bruders Farm zu sein oder unter ihm zu stehen. So stritten sie, bis Jakob meinte, es gebe offenbar nur einen Weg, den Frieden unter ihnen aufrechtzuerhalten, nämlich das Land zu teilen und jedem seinen Anteil zuzustellen, dann sei Ashers Trägheit und Thurstans Trunksucht ihre eigene Sache. Da fiel ihnen ein, daß Lague, damals das größte Besitztum im Norden des Eilandes, einst aus sechs einzelnen Farmen zusammengesetzt worden war, daß zu jeder ein Haus gehörte, wovon fünf allerdings seit langer Zeit leer gestanden. Und da ihrer gerade sechs waren, schien es, wie Jakob sagte, als ob die Vorsehung es so bestimmt habe, um ihnen aus der Verlegenheit zu helfen. Die einzelnen Höfe waren wohl alle gleich groß, das Land aber sehr verschieden, und das gab Ursache zu neuem Streit.

„Ich will Ballacraine nehmen", sagte Thurstan.

„Nein, ich will es haben", sagte Jakob, „denn ich habe immer die Wiesen besorgt."

Schließlich losten sie. Als nun einem jeden sein Hof zugefallen war, schien alles geregelt und in Ordnung. Da rief Asher plötzlich aus:

„Wie steht es aber mit dem Mädchen?"

Bei all ihrem Zanken hatten sie gar nicht an Greeba gedacht und machten nun lange Gesichter. Doch Jakob machte wieder Rat. Er schlug vor, daß Asher sie in Lague behalten, die andern sich ihr von der Ernte etwas geben sollten, so daß der Unterhalt und ihre Geschenke ihr Erbteil bilden sollten. Was könne sie mehr wünschen, als was sie bedürfe?

Sie gegen deswegen Greeba gar nicht zu Rate, und bevor sie sich nur wehren konnte, ging der Streit wieder los. Das Wiesenland von Ballacraine war mittlerweile Jakob zugefallen, während Thurstan das hochgelegene steinige Ballaqueeny an Stelle des Hügels von Barrule erhielt. Thurstan war nicht weniger als zufrieden.

(Nachdruck folgt.)

Deutscher Reichstag.

Die Sitzung wird um 2¼ Uhr eröffnet. Auf der Tagesordnung steht zuerst der Bericht des Rechtsausschusses über die Anträge der Sozialdemokraten und Kommunisten, betreffend Aufhebung von Verordnungen des bayrischen Gesamtministeriums zum Schutze der öffentlichen Sicherheit und Ordnung. Der Ausschuß, über dessen Verhandlungen Abg. Hampe (Wirtsch. Vgg.) berichtet, empfiehlt, die Anträge abzulehnen und die Reichsregierung zu ersuchen, für Streitigkeiten, die in einzelnen Ländern über die Verletzung von staatsbürgerlichen, auf der Reichsverfassung gegründeten Rechten durch Maßnahmen der Verwaltungsbehörden entstehen, einen geordneten Rechtsweg einzurichten und dem Reichstag so schnell wie möglich den Entwurf zur Errichtung eines Reichsverwaltungsgerichtshofes gemäß Artikel 107 der Reichsverfassung vorzulegen.

Abg. **Buchmann** (Komm.) führt Beschwerde darüber, daß die bayrische Regierung und die bayrischen Polizeibehörden die Kommunistische Partei auch jetzt noch genau so verfolgen, wie vor der Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern.

Abg. Dr. **Frick** (Völk.) wendet sich gegen die unberechtigte Auflösung von nationalsozialistischen Versammlungen. Präsentierverbote, wie sie gegen seine Partei ausgesprochen würden, seien mit der Verfassung unvereinbar. Die bayrische Regierung suche auf Umwegen das zu erreichen, was nur durch den Ausnahmezustand herbeigeführt werden könne.

Anschließend wird die Beratung der Verhältnisse in Bayern fortgesetzt.

Abg. Saenger (Soz.):

Der Ausnahmezustand in Bayern ist zum größten Teile aufgehoben worden, der Reichstag hat die Aufgabe, auch die Ueberreste der verfassungswidrigen Verhältnisse zu beseitigen. Sie sind eng verknüpft mit dem Namen des Herrn v. Kahr. Er war es, der erklärt hat, mit der Reichsregierung verhandle er überhaupt nicht (Hört! Hört! b. d. Soz.), der das Reichsgesetz außer Kraft gesetzt hat und den Korvettenkapitän Ehrhardt, der wegen Hochverrat steckbrieflich verfolgt war, zu Diensten gegen die Reichsregierung benutzte. Noch heute ist Kahr Oberrichter des Oberverwaltungsgerichts von Bayern (Hört! Hört! b. d. Soz.). Nomen est omen. Daher muß der Reichstag auch die letzten Ueberreste des Ausnahmezustandes beseitigen, die mit dem Namen Kahr verknüpft sind. Der Redner fügt zu den schon von den Kommunisten und Völkischen erwähnten Beispielen über das gesetzwidrige Vorgehen noch einige weitere Eingriffe der bayerischen Staatsbehörden in das Vereins- und Versammlungsrecht der Arbeiterorganisationen zu. Arbeiter-Turn- und Sportvereinen wird es verboten, Turnunterricht an Jugendliche zu erteilen, da in ihrem Vorstand Mitglieder sitzen, die freireligiös gesinnt oder in ihrem Glauben nicht ganz sicher sind. (Hört! Hört! b. d. Soz.) Solange die Elemente, die noch jetzt in der bayerischen Regierung sitzen, die Dienste der Völkischen gegen die Sozialdemokraten in Anspruch nahmen, hatten diese nicht unter den verfassungswidrigen Verhältnissen zu leiden. Erst nachdem die Bayerische Volkspartei von den Nationalsozialisten angegriffen worden ist, hat sich das geändert. Der Abg. Frick hat allerdings kein Recht, ironisch über die Freiheit zu sprechen, die in der Republik herrschen soll als Beamter, der rechtskräftig wegen Hochverrats verurteilt ist und heute noch im Dienste des Staates steht. Der Reichstag aber hat die Aufgabe, die Verfassung der Republik gegen die rechtswidrigen Zustände in Bayern zu schützen. (Lebh. Beifall b. d. Soz.)

Abg. **Stöcker** (Komm.) führt eine Reihe von Stellen an, in denen selbst Reichstagsabgeordnete vor den rechtswidrigen Maßnahmen der bayerischen Behörden nicht sicher waren. — Damit ist die Aussprache beendet, die Anträge werden abgelehnt, die Entschließung des Ausschusses wird angenommen.

Es folgt die zweite Beratung des sozialdemokratischen Antrages: Dem Strafgesetzbuch wird folgender § 219a eingefügt:

Die in den §§ 218 und 219 des Strafgesetzbuches bezeichneten Handlungen sind nicht strafbar, wenn sie von einem staatlich anerkannten (approbierten) Arzte innerhalb der ersten drei Monate der Schwangerschaft vorgenommen worden sind.

Der Rechtsausschuß, für den Abg. Wegmann (Ztr.) berichtet, empfiehlt, diesem Antrag folgende Form eines Gesetzentwurfes zu geben: „Anstelle der §§ 218, 219 und 220 des Strafgesetzbuches tritt folgender neuer § 218: Eine Frau, die ihre Frucht im Mutterleibe oder durch Abtreibung tötet oder die Tötung durch einen anderen zuläßt, wird mit Gefängnis bestraft. Ebenso wird ein anderer bestraft, der eine Frucht im Mutterleibe durch Abtreibung tötet.

Der Versuch ist strafbar.

Wer die im Absatz 2 bezeichnete Tat ohne Einwilligung der Schwangeren oder gewerbsmäßig begeht, wird mit Zuchthaus bestraft, ebenso wird bestraft, wer einer Schwangeren ein Mittel oder Werkzeug zur Abtreibung der Frucht gewerbsmäßig verschafft. Sind mildernde Umstände vorhanden, so tritt Gefängnisstrafe nicht unter drei Monaten ein.

Abg. Frau Agnes (Soz.):

Seit Jahr und Tag hat sich die Sozialdemokratie für die Aenderung der Strafgesetzgebung in dieser Frage eingesetzt. Nach langem Kampfe soll jetzt ein neuer Paragraph geschaffen werden. Wir können uns mit ihm aber nicht zufrieden geben, denn eine wesentliche Milderung der bisherigen Zustände wird nicht erreicht werden. Deshalb stellen wir heute nochmals unseren Antrag, und wir ersuchen um Ihre Zustimmung.

Wir leben in einer Zeit der schwersten wirtschaftlichen Krise, der Unsicherheit der Existenz, wo der Lebensunterhalt unzähliger Familien der untersten Volkskreise in Frage gestellt ist. Wie soll unter solchen Umständen eine Frau noch freudig einem Kinde das Leben geben. Auf der einen Seite die wirtschaftliche Not, auf der andern Seite die entsetzlichen Wohnungsverhältnisse und da verlangen Sie (nach rechts) von den arbeitenden Frauen, daß sie ohne Rücksicht auf diese Verhältnisse immer mehr Kindern das Leben geben sollen! Jede Frau hat die Sehnsucht nach einem Kinde. Sie hat den Wunsch, Mutter zu werden, aber unter den heutigen Verhältnissen ist das für die arbeitende Frau unsäglich schwer. Die Frauen möchten viel lieber ihrer schweren Stunde entgegensehen, als durch einen Eingriff die Schwangerschaft zu unterbrechen. Aber wie können sie ihrer Mutterschaft froh werden, wenn sie unter den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen so unendlich zu leiden haben? Besonders schwer ist das Los der unehelichen Mütter, die nicht nur unter materieller Not, sondern auch unter den Vorurteilen einer veralteten Zei zu leiden haben. Dazu kommt, daß die soziale Fürsorge für Mutter und Kind ganz ungenügend ist. Unseren Forderungen auf diesem Gebiet sind bisher nur kleine Konzessionen gemacht worden. Die wirtschaftliche Lage der werdenden Mütter wird von der Gesetzgebung nicht genügend beachtet. Es wird übersehen, daß unter den heutigen Verhältnissen das Kind nicht froh erwartet werden kann und die Mutter dabei zugrunde gehen muß. (Sehr wahr! bei den Soz.) Verschließen Sie (zu den bürgerlichen Parteien) doch nicht die Augen vor der Tatsache, daß die unerhörten Strafen bei Abtreibungen die Sache nicht verbessert, sondern im Gegenteil die Mißstände eher noch vermehrt haben. Man muß sagen, daß in Deutschland mehr Geburten verhindert als lebende Kinder zur Welt gebracht werden. (Hört! Hört! bei den Soz.)

Meine Herren, als Frau muß ich Ihnen sagen: Sie haben nicht das richtige Verständnis und nicht das rechte Gefühl für die Not der Frauen. Wenn Sie all das Klagen und Jammern, das an unser Ohr dringt, mit anhören müßten, dann würden Sie eine andere Meinung von dieser Frage bekommen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Freilich, in den Kreisen der besitzenden Klassen liegt das Problem anders. Hier ist es viel leichter zu nehmen als in den Familien der unteren Schichten, wo die Kinderzahl durchweg größer ist, als bei den Familien der oberen Klassen. Wenn eine Dame der sogenannten besseren Gesellschaft keine Lust hat, das Kind auszutragen, weil sie Angst hat, ihre schlanke Linie zu verlieren, oder nicht mehr an den Vergnügungen der Saison teilnehmen zu können, dann findet sich schon ein Hausarzt für sie, oder sie fährt ins Ausland, wo ihr bestimmt geholfen wird. Sie (zu den bürgerlichen Parteien) treiben die Frauen der unteren Klassen dazu, die Abtreibungen hinter verschlossenen Türen vorzunehmen, von berufenen und auch von unberufenen Händen. Die heutige Gesellschaftsordnung trägt die Schuld daran, daß so viele Frauen elend und siech werden, daß die Familien darunter leiden und Kinder, die leben könnten, zugrunde gehen müssen. Durch die hohen Strafen wird eine Einschränkung dieses Zustandes nicht erzielt. Noch im Jahre 1923 ist wegen Abtreibung in 23 Fällen auf Zuchthaus, in 252 Fällen auf mehr als 1 Jahr Gefängnis, in 1444 Fällen auf 3 bis 12 Monate Gefängnis und in 1769 Fällen auf Gefängnis unter 3 Monaten erkannt worden. (Hört, hört! bei den Soz.) Diese vielen und schweren Strafen zwingen zu schleunigster Milderung der Abtreibungsparagraphen. Ein Zeichen der Not ist es doch auch, wenn die Berliner Ortskrankenkasse berichtet, daß sie in über 4000 Fällen Wöchnerinnen-Unterstützung gegeben hat, dagegen in über 5000 Fällen bei der Unterbrechung der Schwangerschaft helfend eingriff. (Hört, hört! bei den Soz.) Früher ist aus „nationalen Gründen" von den arbeitenden Frauen verlangt worden, recht viele Kinder in die Welt zu setzen, damit genug Soldaten da sind. Aber was ist mit unseren Kindern geschehen? Im Westen und Osten modern sie in den Gräbern des Weltkrieges. Wir wollen jetzt andere Wege gehen, wir wollen die Menschheit von der sozialen Not und von den Vorurteilen einer vergangenen Zeit befreien, wir wollen, daß die Frauen leicht und froh ihrer schweren Stunde entgegensehen. Wenn die Frauen nicht mehr vor ihrer schweren Stunde zittern müssen, dann werden sie auch nicht mehr das Verlangen haben, ihre Schwangerschaft zu unterbrechen, dann werden sie freudig dem Kinde das Leben geben. (Lebhafter Beifall bei den Soz.)

Abg. Dr. **Barth** (Dnat.) bekämpft den Ausschußvorschlag. Selbst nichtchristliche Staaten, wie Japan, bestrafen die Abtreibung scharf.

Abg. Dr. **Bockius** (Ztr.) erklärt, daß seine Partei den Ausschußantrag ablehne. (Hört, hört! links.) Nicht nur aus dem formalen Grund, daß hier vor dem allgemeinen neuen Strafgesetzbuch eine einzige Materie geregelt werden solle, sondern auch aus dem materiellen Grund, weil der Ausschußantrag nur die Vorstufe zur völligen Abschaffung der Abtreibungsbestrafung sei. (Unruhe links.)

Abg. Dr. **Kahl** (D. Vp.): Zweifellos lägen hier schwere soziale Mißstände vor, aber das Mittel zu ihrer Beseitigung sei nicht die Tötung, sondern Staat und Gesellschaft müßten ausgleichen und helfend eingreifen. Das geltende Recht sei mangelhaft. Bei der reichen Skala der Motive für die Abtreibungen müsse dem Richter Freiheit im Strafmaß gegeben werden. In dieser Beziehung helfe der Ausschußbeschluß den schwersten Mißständen ab.

Abg. Frau Dr. **Lüders** (Dem.) schließt sich diesen Ausführungen an. Es gelte schwere Härten zu mildern und darum stimme die Demokratische Partei dem Ausschußantrag zu.

Das Haus vertagt sich gegen 6 Uhr auf Donnerstag 2 Uhr: Kleinere Vorlagen, Gesetz über die Enteignung der Fürstenvermögen, Fortsetzung der heutigen Beratung.

* * *

Heute, Donnerstag, wird der Reichstag mit der dritten Lesung des Gesetzentwurfs auf entschädigungslose Enteignung der Fürsten beginnen. Als Redner der Sozialdemokratie wird Genosse Scheidemann Gelegenheit nehmen, nicht nur die fürstliche Habgier zu der Not des Volkes in Vergleich zu stellen, sondern auch die Stellungnahme der Sozialdemokratie zu der Flaggenverordnung der Regierung zum Ausdruck bringen.

Zum Generalstreik in England.

Nachdem die letzten Verhandlungen zwischen der englischen Regierung und den Vertretern des Generalrates der Gewerkschaften scheiterten, hat, wie wir bereits meldeten, der Generalstreik eingesetzt. Unsere Bilder zeigen: oben: Drei Führer in dem Riesenkampf der Arbeiterschaft Englands gegen kapitalistische Willkür und soziale Rückständigkeit. Es sind links: Richardson A. J. Cook, in der Mitte Ramsay Mac Donald, der frühere englische Premierminister und Tom Richards. Das untere Bild zeigt Streikende vor dem Gewerkschaftshaus in London, in dem die entscheidenden Sitzungen stattfanden und das jetzt Hauptquartier der Kämpfenden ist.

Volksparteiliche Kritik an der bayrischen Verwaltungs„wirtschaft".

Die bayrische Sozialdemokratie ist seit langem gegen den in weitem Umfange künstlich aufgeblähten bürokratischen Verwaltungsapparat des bayrischen Staates Sturm gelaufen. Bisher allerdings vergeblich, da von den bürgerlichen Regierungsparteien die Erhaltung dieses Apparates im Interesse der sogenannten bayrischen Eigenstaatlichkeit für absolut notwendig erachtet wurde. Nun ist der Sozialdemokratie unerwartet ein Helfer erstanden, und zwar in der Person des Landesvorsitzenden der Bayrischen Volkspartei, des Abgeordneten Speck, der in der Nachkriegszeit einmal bayrischer Finanzminister gewesen ist.

Im Haushaltungsausschuß des Landtages übte er an der bayrischen Finanzverwaltung überaus scharfe Kritik. Nach seinen Erfahrungen als derzeitiger Präsident des bayrischen Landesfinanzamtes seien die Finanzämter in Berlin infolge ihrer Ueberlastung mit bayrischen Sonderausgaben dem Zusammenbruch nahe. Die Finanzbeamten müßten ihre bayrischen Geschäfte mit veralteten Geschäftsmethoden betreiben, die mit den sachlichen Methoden des Reiches nicht im Einklang stünden. Wo die Zentralisierung praktisch sei, wie auf diesem Gebiet, müsse man sie unbedingt durchführen. Ein demokratischer Abgeordneter wies darauf hin, daß die Kosten der bayrischen Steueraufbringung 11 Prozent der Reineinnahmen verschlingen, während bei den Reichssteuern der Satz nur 3 Prozent betrage. Auch der Finanzminister selbst mußte zugeben, daß in der Verwaltung der Landessteuern Zustände eingetreten seien, die nicht mehr zu halten sind. Lebhafte Kritik wurde von den Rednern aller Parteien auch darüber geführt, daß der bayrische Oberste Rechnungshof heute noch nicht die Rechnungslegung für die Jahre 1919 bis 1923 abgeschlossen habe. Auf einen Zuruf, was denn die Beamten, darunter allein sieben in Gehaltsklasse XIII, während der letzten vier Jahre getan hätten, erklärte der Finanzminister wörtlich: Sie haben dasselbe gemacht, wie die Beamten mancher anderer bayrischer Behörden, bei denen gar keine Arbeit vorhanden war.

Der Kampf in der KPD.

geht unaufhaltsam weiter. Am Mittwoch sind wiederum zwei Opfer des politischen Büros auf der Strecke geblieben. Zwei weitere kommunistische Abgeordnete, Lossau und Lockingen, die beide rheinische Wahlbezirke vertreten, sind ausgeschlossen worden, weil auch sie zusammen mit Iwan Katz gegen die Zentrale konspiriert haben sollen. Das gleiche Schicksal soll auch Scholem bevorstehen.

* * *

Weimar, 5. Mai. (Eig. Drahtbericht.) Die kommunistische Abgeordnete, Frau Agnes Schmidt-Gotha, ist aus der Kommunistischen Landtagsfraktion ausgetreten. Eine Begründung für diesen Schritt ist von Frau Schmidt nicht angegeben worden. Es ist aber anzunehmen, daß der Austritt auf die politische Freundschaft mit dem vor wenigen Wochen aus der Kommunistischen Partei ausgeschlossenen Abgeordneten Geithner zurückzuführen ist. Die Kommunistische Fraktion hat an Frau Schmidt bereits die Aufforderung ergehen lassen, sofort ihr Mandat niederzulegen. — Mit diesem Austritt ist die nach den letzten Wahlen 13 Mitglieder starke Kommunistische Fraktion auf 10 zusammengeschmolzen.

Todesurteil gegen einen Separatistenführer

Berlin, 6. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Das Schwurgericht in Frankenthal (Pfalz) verurteilte gestern den Separatistenführer Jomscher wegen dreifachen Mordes dreimal zum Tode.

Aus dem Reiche.

Beschwerde gegen Oberstaatsanwalt Weber, den Anklagevertreter im Asmus-Prozeß. Gegen den Oberstaatsanwalt Dr. Weber in Dresden, der in dem gegen den Genossen Dr. Asmus gerichteten Prozeß die Anklage vertreten hat, ist vom sächsischen Landesbeamtenausschuß als Vertretung der parteigenössischen Beamtenschaft des Freistaates Sachsen wegen des von ihm gebrauchten Ausdrucks „Kreaturen Zeigners" gegen sozialistische Beamte, die ihre Pflicht im Dienste der Republik getan haben, Aufsichtsbeschwerde beim Justizministerium eingelegt worden.

Geßlers Offiziere. Auf Grund der Meldung, daß eine Anzahl von Reichswehroffizieren an der von den „Vaterländischen Verbänden" in Berlin unter Führung des „Sportvereins Olympia" veranstalteten „deutschen Feier des ersten Maien", an der auch Prinz Eitel Friedrich anwesend war, teilnahm, hat das Reichswehrministerium eine Disziplinaruntersuchung gegen die in Frage kommenden Offiziere eingeleitet. „Der Besuch der Feier war, ganz abgesehen davon, daß Veranstaltungen der „Vaterländischen Verbände" für die Reichswehr generell verboten sind, noch besonders untersagt worden.

Schwarz-weiß-rote Mörder. Aus Germersheim (Pfalz) wird mitgeteilt, daß in der Nacht zum 1. Mai auf der Straße nach Freisbach der Führer der Nationalsozialisten, Hilfslehrer Wilhelm Schmidt, den 18jährigen Maurer Bauder aus Freisbach erschossen hat. Der Täter wurde verhaftet. — In München wurde in der Nacht vom 1. zum 2. Mai der 20jährige Reichsbannerkamerad Josef Forster von dem Hakenkreuzler Strobel erstochen.

Eröffnung des Kölner Instituts für Kunstgeschichte. Am 4. Mai fand in Gegenwart von Vertretern der Behörden, Wissenschaften und Künste die Eröffnung des neuerbauten Instituts für Kunstgeschichte an der Universität Köln statt.

Ein Gedenkstein für Konrad Haenisch, unseren verstorbenen Genossen, den früheren preußischen Kultusminister und Regierungspräsidenten von Wiesbaden, wurde am Sonntag in Wiesbaden unter starker Beteiligung der Bevölkerung geweiht. Der Stein war von der Sozialdemokratischen Partei und dem Deutschen Republikanischen Reichsbund gemeinsam mit einem großen Kreis republikanischer Freunde gestiftet worden. Es beteiligten sich an der Feier geschlossen die Sozialdemokratische Partei Wiesbaden, das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold und viele Arbeitervereine. Als Vertreter der Regierung sprach der Nachfolger des Genossen Haenisch, Regierungspräsident Genosse Ehrler, für den Gauvorstand des Reichsbanners Redakteur Dr. Cohnstaedt, für die Sozialdemokratische Partei und die Landtagsfraktion Landtagspräsident Genosse Bartels. Alle würdigten in warmen Worten die hohen Verdienste und die menschliche Größe des Verstorbenen.

Kleine Auslandsnachrichten.

Das Matteotti-Denkmal. Der Beschluß der Exekutive der Sozialistischen Arbeiter-Internationale, ein Denkmal Matteottis im Volkshaus zu Brüssel zur Aufstellung zu bringen, der jedem billig Denkenden nur als die Ausübung der selbstverständlichen Pflicht des Proletariats der ganzen Welt, seinen großen Märtyrer zu ehren, erscheinen konnte, hat in manchen bürgerlichen Zeitungen Belgiens haßerfüllte Kommentare gefunden. Die „Gazette" spricht mit Erstaunen davon, daß man „diesem Individuum" ein Denkmal errichten wolle, was von anderen Zeitungen eifrig nachgedruckt wird. Und es fehlen auch schon nicht versteckte Drohungen, als ob es dazu kommen könnte, daß das Denkmal durch die faschistischen Banden zerstört werden könnte. Gegen diese Schamlosigkeit, die selbst vor Toten nicht halt zu machen weiß und das zu vollenden sucht, was nicht einmal den faschistischen Richtern und Behörden gelungen ist, das Andenken Matteottis zu verunglimpfen, setzt sich der „Peuple" kräftig zur Wehr. Er legt dar, daß die Errichtung des Denkmals nicht gegen das italienische Volk gerichtet ist, ebensowenig wie die Aufdeckung der Verbrechen des Zarismus eine Beleidigung für das russische Volk war. „Matteotti hat die Ehre Italiens gerettet. Er starb mit 40 Jahren als ein Vorkämpfer der Freiheit." Das Toben der bürgerlichen Presse ist nur ein Zeichen mehr für die Psychose, in der sich das belgische Bürgertum, das mit dem Faschismus liebäugelt, befindet. An der Haltung der belgischen Arbeiterpartei kann das natürlich gar nichts ändern. Ihr Generalsekretär Van Roosbroek hat an das Sekretariat der Sozialistischen Arbeiter-Internationale folgendes Schreiben gerichtet: „Das Bureau des Generalrats der belgischen Arbeiterpartei hat von der Entscheidung des Exekutiv-Komitees der SAI., das Denkmal Matteottis in einem Saal des Maison du Peuple in Brüssel zu errichten, Kenntnis genommen und mich beauftragt, dem Exekutiv-Komitee der Internationale den freudigsten Dank für die große Ehre, die der belgischen Arbeiterpartei erwiesen wurde, auszusprechen und zu erklären, daß sie glücklich ist, diesen Vorschlag anzunehmen und nicht ermangeln wird, alles Nötige zu tun, damit das Denkmal, das dem unsterblichen Märtyrer des Sozialismus gewidmet wird, unter den besten Bedingungen im Tempel der Arbeiter der Hauptstadt Belgiens zur Aufstellung gelange."

Tod eines russischen Politikers. In London starb dieser Tage in hohem Alter der bekannte russische Politiker Tschaikowski, einer der Begründer der revolutionären sozialistischen Bewegung in Rußland und Führer der Volkssozialistischen Partei. Während der Zarenzeit war Tschaikowski für längere Jahre nach Sibirien verbannt.

Zu jedem Pfund die „Blauband-Woche“ gratis

Stadt-Theater.
Donnerstag, 7½ Uhr: Erstes Gastspiel Kammersänger Leo Slezak
„Othello“
Freitag, 7½ Uhr: 11658
„Das Lied der Nacht“
Sonnabend, 7½ Uhr:
„Die Bohème“

Lobetheater
Lessingstr. 8, Tel. Rg. 6774.
Donnerstag, Freitag abends 8 Uhr:
Volksvorstellungen zu ermäßigten Preisen!
„Ein Spiel von Tod und Liebe“
„Der grüne Kakadu“

Thaliatheater
Schweidnitzerstr. 3, Tel. Rg. 6700
Donnerstag, Freitag abends 8 Uhr:
„Der G'wissenswurm“

Schauspielhaus.
Operettenbühne. 11655
Tel. Stephan 37 453.
Täglich abends 8 Uhr:
Der fürstmäßige Heiterkeitserfolg!
„Lene, Lotte, Liese, Josefinens Töchter“.
Sonntag nachmittag 3½ Uhr:
„Mädi“

Liebich-Theater. 11670
Telefon: Stephan 34646.
Täglich 8 Uhr:
„Apollo? Nur Apollo!“
Die Operettenreprise des Wiener Apollo-Theaters in der Originalbesetzung.
Eintrittspreise 2.75–4.50 M.

Kostenlose, wirksame Privat-Heilungsfach zu Blumenau 2 zu M. Gartenstraße 88, 2. Etage.

Konzerthaus Kurgarten
C. A. Seiffert. Eisenburg.
Täglich, nachmittags und abends:
Garten-Konzert
Salonorchester Kapellmeister Arthur Abl
(früher Schlesische Funkstunde) 11684
Wochentags Eintritt frei!
Heute, sowie jeden Dienstag, Donnerstag und Sonntag:
Kurgarten-Ball

Umpressen
auf neueste Formen
Einzelverkauf neuer Hüte
zu Fabrikpreisen
Hutfabrik
Körber
Reuschestraße 53.

Berücksichtigt unsere Inserenten!

Wurstschneiders

Beste Wurst- u. Fleischwaren
zu billigsten Preisen:

Landleber- und Preßwurst bringe ich wiederum zu dem ganz billigen Preise	1 Pfd.	1.00
Knoblauchwurst	1 Pfd.	0.80
Jagdwurst, Berl. Mettwurst	¼ Pfd.	0.35
Hausmacher- u. Kalbsleberwurst	¾ Pfd.	0.40
Frisch. dick. Speck u. Lungenfett	1 Pfd.	1.10
Ger. Schweinsrippchen	1 Pfd.	1.25
Kalbsvorderfleisch ohne Knochen	1 Pfd.	1.20
Kalbskeule ohne Knochen	1 Pfd.	1.45

sowie sämtliche anderen Wurst- u. Fleischwaren zu billigsten Preisen. 11685

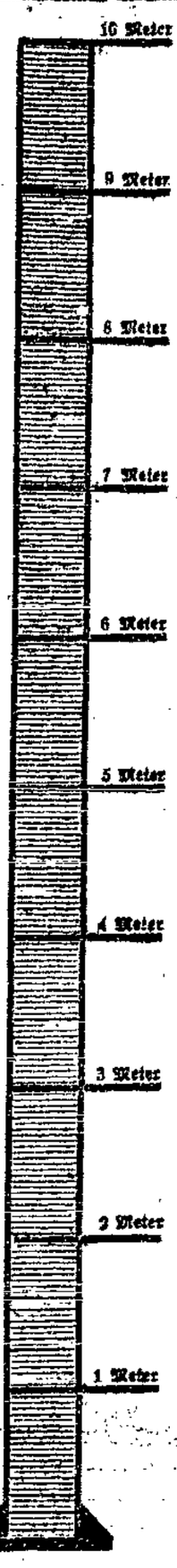
Beachten Sie meine Verkaufsstellen!

August Schneider
Wurst- und Fleischwarenfabrik.

Breslauer Hallenschwimmbad.
Beide Schwimmhallen für Männer und Frauen sind vom 1. Mai ab, außer Sonntags, täglich von frühmorgens 7 Uhr bis abends 8 Uhr geöffnet! 8720

Breslauer Hallenschwimmbad.
I. Breslauer Inhalatorium. 3744
Inhalation von Säuregasen nach Prof. Dr. v. Kapff bei Katarrhen der Luftwege, Asthma, Grippe u. a.
Neu eingerichtet! Aerztlich empfohlen!
Außer Sonntags täglich geöffnet von 3 bis 8 Uhr.

Was ist das?



Das sind

200 aufeinander gelegte Werke Rosenow: „Wider die Pfaffenherrschaft“, die bildungshungrige Proletarier auf Grund der Buchkarte von uns bis jetzt verkauft wurden! Eine 10 Meter hohe Säule! Wir freuen uns doppelt. Einmal, daß klassenbewußte Proletarier von unserer eigens für sie geschaffenen Buchkarte so regen Gebrauch machen, zum andern, daß es uns gelang, in so kurzer Zeit eine derartige Volksaufklärung zu betreiben.

Im Hinblick auf den unvermindert anhaltenden Bildungswillen besorgten wir nun ein neues Werk im Rahmen der „Kulturbilder“, ein nicht minder wichtiges Werk:

Conrady:
Geschichte der Revolutionen

vom niederländischen Aufstand bis zum Vorabend der französischen Revolution. 2 Bände. Nur aus der Geschichte kann man lernen, und gerade von dieser Epoche wissen die meisten doch noch recht wenig.

Die beiden Bände sind im Format der „Pfaffenherrschaft“, enthalten wiederum eine Anzahl (407) Bilder und Dokumente aus der Zeit und behandeln in interessantester und streng objektiver Weise

1. Die wirtschaftlichen Umwälzungen und revolutionären Bewegungen zu Beginn des 16. Jahrhunderts
2. Vorgeschichte und Anfänge der Revolution in den Niederlanden
3. Flämische Freiheitskämpfe, Niederländische Republik
4. Old England
5. Parlamentarische Kämpfe, persönliches Regiment
6. Der Sieg der Rundköpfe
7. Die Spaltungen der Puritaner und das Ende Karl I.
8. Englische Klassenkämpfe im ersten Jahr der Republik
9. Herrschaft und Sturz der Independenten, das kleine Parlament
10. Die Zeiten des Protektorates
11. Republik und Restauration
12. Oranje boven
13. Englische Geschichte von 1672—1685.
14. Glorreiche Revolution
15. Die britischen Inseln nach der glorreichen Revolution
16. Die englische Kolonialpolitik und die amerikanische Revolution
17. Die Anfänge der industriellen Revolution

auf ca. 800 Druckseiten.

Wer möchte dieses Werk nicht auch besitzen? Jetzt durch die Buchkarte der Bezug so leicht gemacht ist! Ohne Anzahlung sofort mitzunehmen und 50 Pf.-weise wöchentliche Abzahlung! Dabei infolge Einkaufs der gesamten Restauflage statt 20.— Mk. nur 10.— Mk. für beide Halbleinenbände! Wir zweifeln nicht, daß alle Bezieher der ersten Bände der Sammlung „Kulturbilder“ auch zu diesem Werke greifen werden, um sich und ihren Kindern wirklich brauchbare Geschichtskenntnisse zu erwerben.

Volkswacht-Buchhandlung
Breslau 3, Neue Graupenstraße 5.

Für die Redaktion verantwortlich: Emil Jimmer, für den Anzeigenteil: Max Grabner. — Anzeigen-Abteilung: A. F. — Druckerei: Graph. A. — Druck und Verlag der „Volkswacht“ G. m. b. H., sämtlich in Breslau.

Reichsbannerkameraden! Republikaner!

Heraus zum Massenprotest heut abend 8 Uhr auf dem alten Friedhof, Feldstraße

gegen den Versuch der Regierung, die Reichsfarben zu beseitigen!

Einberufen vom Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold" * Ortsverein Breslau

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 6. Mai.

Herrenmoral!

Langsam, aber sicher geht die alte, gute „nationale" Gesellschaft ihrem Ruin entgegen. Die Umwandlung des alten byzantinischen Kaiserstaates mit seinem Kastengeist in den demokratischen Volksstaat, in dem keinerlei Standesvorrechte mehr gelten, der alten großen Armee, der „schimmernden Wehr", die für so manches adlige Geschlecht die Existenzgrundlage bildete, in eine kleine Söldnertruppe, und die durch die Inflation erfolgte Verminderung und Zerstörung des Vermögens der alten reichen Rentnerfamilien haben das ihrige getan. Klaffende Lücken haben sich in den Reihen dieser guten Gesellschaft aufgetan, die auch von den Neureichen, den Kriegs- und Inflationsgewinnlern, nicht ausgefüllt werden.

Die Uebriggebliebenen nun schließen sich fester zusammen, um nicht ebenfalls den Boden unter den Füßen zu verlieren und in das „Volk" hinabzusinken. Aengstlich wachen sie über die noch übriggebliebenen spärlichen Reste ihres alten Ansehens und wühlen, mehr heimlich wie offen, gegen die neue Ordnung der Dinge, um durch deren Sturz ihre alte Macht und Herrlichkeit zurückzuerobern. Alle Mittel sind ihnen zu diesem Zwecke recht. Auch wenn es sich um recht schäbige Lügen und Verleumdungen, um Umgehung und Verletzung von Gesetzen und um die Schädigung der Autorität des Staates handelt. Die Sehnsucht nach der alten Herrenzeit bringt ihr Gewissen zum Schweigen, und ihr Herz hüpft vor Freude, wenn es ihnen oder ihren Landsknechten gelingt, der Republik oder deren Führern einen Stoß zu versetzen. In den Augen aller anderen Menschen mag das noch so häßlich und gemein sein, in den ihrigen ist alles gut und edel und verdient hohes Lob, wenn es nur zu ihrem und ihrer Kaste Vorteil dient. Ja, sie haben eben eine eigene Moral, die Herrschaften.

Wenn gegen republikanische Beamte wegen Lappalien oder erdichteten Vergehen, wegen selbstverständlicher Notwehr gegen die schwarz-weiß-roten Feinde der Republik große Prozesse geführt werden, so ist das ein Hochgenuß für die nationalen Zeitungsleser aus der guten Gesellschaft. Wenn die Kußmann und Knoll sich an ihrer Obhut anvertrauten amtlichen Schriftstücken vergreifen und sie der Rechtspresse zu einer widerlichen Hetze gegen die Republik und ihre Führer zuleiten und wenn sie dann, zur Verantwortung gezogen, das Blaue vom Himmel herunterlügen und sich dessen später in recht zynischer Weise rühmen, dann klatscht die gute nationale Gesellschaft Beifall und ist entrüstet, wenn diese „treuen" Beamten bestraft werden sollen. Als vor einiger Zeit unser Genosse Dittmann im 4. Untersuchungsausschuß des Reichstages den Marinejuristen und Admiralen ihre Verbrechen in den Jahren 1917 und 1918 nachwies, da schwiegen sie im ersten Augenblick verlegen. Dann aber rafften sie sich auf und nun prasselte ein Regen von Entschuldigungen, Beschönigungen und Lügen auf die Welt hernieder. Die Admirale und ihre juristischen Helfer wurden weiß gewaschen und unser Genosse als „Geschichtsklitterer", als Lügner hinzustellen versucht. Zwar wird ihnen das ja nicht gelingen, denn die wuchtigen Beweise für die Schuld der Justizmörder sind nun einmal da, aber für weiterhin mag sich Dittmann vorsehen. Aufsichtsräte großer Unternehmungen können sich selbst in aller Seelengröße große Summen für ihre ach so „mühevolle" Tätigkeit bewilligen, wenn auch das Unternehmen hart am Rande des Abgrundes steht und hunderte und tausende von Arbeitern und Angestellten auf die Straße setzt. Niemand aus der guten Gesellschaft findet etwas dabei, und wenn die Bergherren in anmaßendem Tone von der Reichsregierung verlangen, daß diese durch Erhöhung der Erwerbslosen-Unterstützung ihre Lohndrückereipläne nicht störe, so ist das eben den nationalen Kreisen recht. Die Arbeitslosen sollen, vor Hunger quietschend, auch vor ihnen auf den Knien liegen und sich ihnen um jeden Preis anbieten. Zwar ist es nichts anderes als Erpressung, aber was machen sich die Herren daraus? Es ist zu ihrem Vorteil, und nur sie haben das Recht, zu verlangen, daß in ihr Leben die Sonne strahlt. Die Proleten mögen ewig im Dunklen sitzen. Was kümmert das die Herren und Damen aus den „guten" Familien! Sie haben eben ihre eigene Moral.

Mit dieser aus der Angst vor dem Untergang geborenen Moral wollen sie sich retten vor dem Schicksal, in gleicher Reihe mit Millionen von Hand- und Kopfarbeitern, sich jeden Tag „Freiheit und das Leben erst erobern" zu müssen. Darum lügen sie und darum heucheln sie. Und darum ist ihnen auch jedes Mittel recht, um wirkliche Volksfreunde, die naturgemäß ihre Feinde sein müssen, zu vernichten. Aber es nützt alles nichts. Ihre Uhr ist abgelaufen. Und wenn jeder einzelne von ihnen mit den Kräften eines Tigers und der Falschheit einer Schlange ausgerüstet wäre, sie halten weder mit ihren Lügen noch mit Gewalt Wahrheit und Gerechtigkeit auf. Unaufhaltsam marschieren diese zu ihrem Siege, und dann wird die befreite Menschheit aufatmen und das große Reich der Brüderlichkeit errichten, in dem es nur eine Moral und eine Sittlichkeit geben wird und in dem sich alle Menschen wohl fühlen werden.

K. Sch.

Zur Eingemeindungsfrage.

Der Magistrat schreibt:

In der Kreistagssitzung am vergangenen Montag ist über den gegenwärtigen Stand der Eingemeindungsangelegenheit Mitteilung gemacht worden. Eine größere Anzahl von Vororten und Gutsbezirken im Norden, Osten, Süden und Westen soll entsprechend dem Eingemeindungsplan der Stadt mit dem städtischen Weichbilde vereinigt werden. Während es im Norden, Osten und Süden im wesentlichen gelungen ist, eine gütliche Verständigung zwischen Landkreis und Stadt durch gegenseitiges Entgegenkommen herzustellen, ist als Hauptstreitpunkt das Gebiet zwischen Lohe und Weistritz (Neukirch, Pilsnitz, Masselwitz, Stabelwitz, Goldschmieden, Deutsch-Lissa, Herrnprotsch) geblieben, auf das aus wichtigen siedlungstechnischen Gründen von der Stadt nicht verzichtet werden kann. Es kann erhofft werden, daß die Staatsregierung noch in diesem Jahre dem Landtage den Gesetzentwurf über die Erweiterung des Weichbildes der Stadt Breslau vorlegt.

Die Breslauer Wasserwerke.

Die ersten Nachrichten über eine künstliche Wasserversorgung unserer Stadt reichen (nach Angaben des früheren Direktors Debusmann), bis in das 13. Jahrhundert zurück. Herzog Heinrich IV. von Krakau und Breslau verlieh 1272 der Stadt die „Nutzung des Wasserleitens". Die in den Chroniken von 1386 erwähnte „Kunst" wurde 1479 umgebaut und 1538 „an den Mühlen" neu aufgebaut. Die Anlage bestand aus einem Schöpfrade mit seitlich angebrachten Kästen. Das Oderwasser wurde in kupferne Behälter gefördert und aus diesen durch Holzleitungen nach der Stadt geleitet. Eine Erweiterung erfuhr die Anlage durch die 1539 erbaute und 1607 umgebaute „Matthiaskunst". Sie bestand aus vier durch ein Wasserrad angetriebenen Pumpen. Zu diesen beiden Wasserkünsten traten noch hinzu das 1588 erbaute „Plumpenhäuschen" und die 1596 angelegte „Kätzelkunst".

Die Stadt hatte 1596 eine Gesamtwassermenge von etwa 3000 Kubikmetern in 24 Stunden zur Verfügung, die in hölzernen Rohrleitungen weitergeleitet wurde. Ein im Jahre 1784 vorgenommener Versuch, die hölzernen Rohre durch eiserne zu ersetzen, hatte wegen starker Rostbildung in diesen Rohren kein günstiges Ergebnis; 1825 lagen in der Stadt noch 13 400 hölzerne Rohre.

Im Jahre 1824 brannte die Matthiaskunst ab, und man stellte hier 1827, um von der wechselnden Wasserkraft unabhängig zu werden, ein Dampfpumpenwerk auf, das bis 1872 im Betriebe war.

Im Jahre 1840 entschied man sich, als Ersatz für sämtliche Künste eine neue große Kunst unter Benutzung der Wasserkraft der Vordermühle zu erbauen. Diese „neue Kunst", 1842 bis 1845 erbaut, ist nach einem in den Jahren 1921/22 erfolgten Umbau noch heute im Betriebe und fördert etwa 7000 Kubikmeter unfiltriertes Oderwasser in 24 Stunden.

Wenn auch mit der Inbetriebsetzung dieser „neuen Kunst" eine wesentliche Verbesserung der Wasserversorgung in der inneren Stadt eintrat, so wurde damit die Wasserversorgungsfrage der Stadt nicht als erledigt betrachtet. Es wurde dadurch im Gegenteil nur das Verlangen nach einer reichlichen Versorgung des ganzen Stadtgebietes angeregt, und zwar mit einem Wasser, das sowohl als Gebrauchs- wie als Trinkwasser zu benutzen war. Nach langen Verhandlungen wurde im Frühjahr 1867 mit den Arbeiten für das neue Wasserwerk am Weidendamm, das durch Sandfilter gereinigtes Oderwasser liefern sollte, begonnen. Die Betriebseröffnung des Werkes fand am 1. August 1871 statt. In den folgenden Jahren wurde dieses Werk entsprechend der Vergrößerung der Stadt durch Erbauung neuer Filter und Reinwasserbehälter und Aufstellung neuer Maschinen und Kessel erweitert. Ende der neunziger Jahre des vorigen Jahrhunderts hatte jedoch Geh. Med.-Rat Dr. Flügge in Breslau sich vom hygienischen Standpunkte aus entschieden gegen die fernere Verwendung von filtriertem Flußwasser für die Versorgung der Stadt ausgesprochen. Er wünschte Grundwasser an dessen Stelle zu sehen. Seinen Bemühungen gelang es, bei den städtischen Behörden die Genehmigung zum Bau einer Grundwasserversorgungsanlage in der Oder-Ohle-Niederung oberhalb Breslaus herbeizuführen. Die neue Anlage wurde 1901 begonnen und kam Ende 1904 in Betrieb. Sie arbeitete von Anfang an tadellos, nur stellte es sich bald heraus, daß die wirkliche Ergiebigkeit der Fassungslage hinter der berechneten zurückblieb. Da trat in der Nacht vom 28. zum 29. März 1906 nach einer teilweisen Ueberflutung des Grundwassergeländes und nach vorausgegangener längerer Trockenperiode mit der Wucht einer Katastrophe eine plötzliche Veränderung des geschöpften Wassers ein. Das bisher neutrale oder schwach alkalische Wasser reagierte sauer. Schwefelsäure und Kalk waren auf das Vierfache gestiegen. Der Eisengehalt war außerordentlich vermehrt, ein bedeutender Mangangehalt wurde zum ersten Male festgestellt.

Obwohl das Eisen in der ersten Zeit vom Riesler entfernt wurde, versagte dieser dem Mangangehalt gegenüber jedoch vollständig, und die Folgen einer Katastrophe waren in wirtschaftlicher Hinsicht sehr schwerwiegend. Zur Beseitigung der Kalamität wurden sofort die umfassendsten Maßnahmen getroffen. Alle Versuche, die Grundwasserversorgungsanlage so schnell wie möglich wieder voll in Betrieb zu bekommen, waren jedoch zunächst vergeblich, und um den eintretenden Wassermangel zu beheben, wurde eine Erweiterung der Flußwasserversorgung vorgenommen. Dadurch war die entstandene Wasserkalamität wieder beseitigt, wenn auch anstatt des Grundwassers wieder zwei Drittel des ganzen Wasserbedarfs als filtriertes Oderwasser zur Verwendung kommen mußte.

Erst in der Zeit von 1915 ab ist es durch Herstellung neuer Grundwasserbrunnen dicht an der Oder und durch Anlegung von Sickerteichen, denen ungereinigtes Ohlewasser zur Anreicherung des Grundwassers zugeführt wird, gelungen, die Grundwasserversorgungsanlage in Ordnung zu bringen, sodaß nunmehr nur noch Grundwasser zur Versorgung verwendet wird.

Die Filteranlage des Werkes am Weidendamm wurde in den Jahren 1920/22 durch Errichtung einer Schnellfilteranlage mit vorgeschalteten Sedimentierbecken und durch Einrichtung von Entmanganungsfiltern verbessert.

Die „neue große Kunst" befindet sich am Ausgang der Herrenstraße „an den Mühlen". Das Wasser, aus dem Oderstrom entnommen, wird nicht filtriert. Es wird gegenwärtig nur noch zu Kanal- und Rinnsteinspülungen benutzt. Die Anlage besteht aus zwei elektrisch angetriebenen Kreiselpumpen. Das Wasser wird auf eine Höhe von 20,4 Meter gefördert. Die Leistung beträgt 7000 Kubikmeter in 24 Stunden. Außerdem werden vom alten Wasserwerk noch 36 öffentliche Quellbrunnen unterhalten. Das Wasserwerk am Weidendamm liegt am linken Ufer der Oder östlich und oberhalb der Stadt und nimmt eine Gesamtfläche von 26 Hektar ein. Das Grundstück ist von diesem Fluß und der Ohle eingeschlossen.

Die Anlage besteht aus zwei Vorklärbecken von etwa 1550 und 5900 Quadratmeter Wasserfläche. Zwischen den kleineren Vorklärbecken und der Straße „Am Weidendamm" erhebt sich das Maschinengebäude, das in seiner ganzen Grundfläche als Wasserturm hochgeführt ist. Es hat 31×32 Meter Grundfläche und ist bis zum Hauptgesims 40 Meter hoch. Im inneren Raum befinden sich die 1902 aufgestellten Pumpmaschinen, eine Turbokreiselpumpe, zwei doppeltwirkende Woolfsche Maschinen mit Schwungrad, ferner zwei Dampfturbinen und über den Maschinen ein großer Hochbehälter mit 4125 Kubikmeter Inhalt. Oestlich des Maschinengebäudes liegt das alte Kesselhaus, das neue in westlicher Richtung. Das Fassungsgebiet des Wasserwerkes in Schwentnig liegt in der Oder-Ohle-Niederung und beginnt etwa 3,5 Kilometer oberhalb der Stadt an der oberen Ohle bei Pirscham; es erstreckt sich bis zum Tschechnitzer Teich. Die Fassungsanlage besteht aus 378 Rohrbrunnen von je 150 Millimeter l. W. 26 Brunnen erstrecken sich in nördlicher Richtung auf der Schwentniger Feldmark; sie bilden die Gruppe I. Die Gruppe II mit 155 Brunnen liegt in südöstlicher Richtung auf den Gemarkungen Schwentnig, Althofnaß und Radwanitz, die Gruppe III mit 132 Brunnen in Radwanitz, Klein-Sägewitz und Tschechnitz, die Gruppe IV mit 50 Brunnen an der Oder bei Pirscham und die Gruppe V mit 15 Brunnen in der Verlängerung der Gruppe I in nördlicher Richtung. Das ganze Gelände, mit Ausnahme der Gemarkung Klein-Sägewitz, liegt im Ueberschwemmungsgebiet der Oder und wird fast alle Jahre ein bis mehrere Male überflutet. Die ganze Fassungslinie hat eine Länge von 8210 Meter.

Das Rohrnetz beginnt am Wasserwerk mit drei Hauptleitungen, von denen je zwei je 762 Millimeter und eine 900 Millimeter l. W. haben.

Die Länge des Rohrnetzes betrug am 31. März 1924 455 228 Meter und die Anzahl der an das Rohrnetz angeschlossenen Grundstücke 12 382.

Der eingangs genannte Direktor der Breslauer Wasserwerke Herr Debusmann ist im März dieses Jahres in den Ruhestand getreten. An seine Stelle trat Herr Direktor Kirchner. In letzter Zeit haben die Stadtverordneten eine abermalige Erweiterung der Wasserversorgungsanlagen beschlossen.

Heute ist der entscheidende Tag,

an dem Du Deinen ausgefüllten Quartierzettel der Zeitungsträgerin mitgeben mußt. Nimm einen Jugendlichen auf. Wer es heute vergißt, tue es unbedingt morgen.

Zwischenkredit zum Wohnungsbau.

Die Pressestelle des Regierungspräsidenten teilt mit:

Um die Gewährung von Zwischenkredit auf erste Hypotheken für Kleinwohnungen zu fördern, ist die Reichsregierung durch das Gesetz vom 26. März 1926 — Reichsgesetzblatt I Seite 179 — ermächtigt worden, 200 Millionen R.-Mk. zur Verfügung zu stellen. Ueber die Verwendung des Kredits hat die Reichsregierung die Verordnung vom 1. April 1926 erlassen, die im Reichsministerialblatt Nr. 14 vom 9. dieses Monats veröffentlicht ist. Weitere Ausführungsvorschriften werden baldigst ergehen.

Es ist in Aussicht genommen, die Mittel, sobald sie den Ländern überwiesen sein werden, in Preußen durch Vermittlung der Preußischen Landespfandbriefanstalt in Berlin, ferner je einer anderen öffentlich-rechtlichen Kreditanstalt in jeder Provinz (Stadtschaften bezw. Landesbanken) sowie der Hypothekenbanken der Neuerrichtung von Kleinwohnungen nutzbar zu machen. Es würden also die Kreditsuchenden sich an die in Frage kommenden Kreditinstitute und an die zuständige provinzielle Wohnungsfürsorgegesellschaft in ihrer Eigenschaft als Generalvertretung der Preußischen Landespfandbriefanstalt zu wenden haben. Eine unmittelbar Gewährung von Zwischenkredit durch eine Behörde kommt nicht in Frage.

Zweifelhafte Baugenossenschaften.

Der Magistrat schreibt: In letzter Zeit mehren sich die Fälle, in denen unter hochtönenden Namen und teilweise weit herkommend, neugegründete Baugenossenschaften sich bemühen, Mitglieder zu gewinnen, die durch das Versprechen der baldigen Beschaffung einer Wohnung oder eines Siedlungshauses zum Beitritt angelockt werden. Die Versprechungen gipfeln meist darin, daß den Mitgliedern (Genossen) oder den sich ihnen anvertrauenden Sparern gegen verhältnismäßig geringe Einzahlungen in absehbarer Zeit ein Eigenheim oder eine Wohnung in Aussicht gestellt wird.

Derartige Veranstaltungen und deren Betreiber stecken sich meist unerreichbare Ziele mit einer unbegreiflichen Ueberschätzung menschlicher und insbesondere organisatorischer Fähigkeiten, wobei sie ihre Versprechungen im besten Falle nicht erfüllen, oft aber diejenigen, die sich ihnen anvertraut haben, in finanzieller Hinsicht bitter enttäuschen.

Es wird dabei sehr oft außer Acht gelassen, daß zum Bauen jetzt fast das doppelte Kapital als vor dem Kriege benötigt wird, und daß nur der einen Bau beginnen sollte, der sich auch die Baukosten in voller Höhe vorher gesichert hat. Diese Baukosten müssen von dem Wohnungsanwärter letzten Endes verzinst und getilgt werden, eine Last, die sich in der Miethöhe — soweit es sich um mietweise zu erlangende Wohnungen handelt — und sonst in der Hypothekenzinsenlast auswirken muß. Die zahlreich auftauchenden Neugründungen unterlassen es bei ihrer Werbetätigkeit, auf diese Lasten und Schwierigkeiten hinzuweisen. Sie bedeuten vielfach nur eine Zersplitterung der Sparrtätigkeit und verbrauchen außerdem noch einen großen Prozentsatz der eingezahlten Mittel für die Geschäftsführung und Einrichtung der Genossenschaft und deren Propagandatätigkeit.

Es muß daher vor dem Eintritt in derartige Genossenschaften, der nur zwecklose Geldopfer erfordert, denen auf der anderen Seite keinerlei Gewinn gegenübersteht, dringend gewarnt werden. Jedem Wohnungssuchenden ist zu empfehlen, bevor er einer Bau- oder Sparrgenossenschaft zum Zwecke der Erlangung einer Wohnung beitritt, sich vorher Rat und Auskunft über die Genossenschaft zu holen. Der Magistrat — Abteilung für Kleinwohnungsbau — wird auf Wunsch Auskunft erteilen.

Der Mai im Volksmund.

Jungfrisches Grün bringt er mit sich und ein Blühen und Wachsen ohne Ende. Auch dann, wenn vom grauen Himmel der Regen strömt, ist der Wonnemonat schöner als irgendeiner seiner Brüder, denn aus dem regenglitzernden jungen Laub duftet es so erfrischend, wie es nur im schönsten aller Monate duften kann. Seinen Einzug hält der Mai in einer Nacht, da alle Hexen und Geister losgelassen sind und ihr Unwesen treiben: in der Walpurgisnacht, die einst die neun Nächte der alten Germanen abschloß. Der erste Maitag galt als wichtiger Zins- und Termintag, was er auch bis heute geblieben ist; in alter Zeit, als man noch nach dem julianischen Kalender rechnete, fiel der 1. Mai auf den Tag, der unserer Zeitrechnung nach auf den 12. Mai trifft, und damit hängt es denn auch zusammen, daß man in einigen Gegenden Norddeutschlands, so zum Beispiel auf den Halligen, in Erinnerung an den einstigen Maianfang, den 12. Mai als den „Altmai" bezeichnet. Den 3. Mai nennt der Volksmund den „Wolf" und den 7. die „Schlange", weil angeblich beiden nicht zu trauen ist, während der 4. Mai der Gedenktag des heiligen Florian ist, des Schutzheiligen gegen alle Feuersnot, den man in früherer Zeit vielfach dadurch ehrte, daß man an seinem Namenstag kein Feuer im Hause anzündete. Hierauf folgen zwischen dem 11. und 14. Mai die Tage der gestrengen Eisheiligen, die ihrem Namen auch manchmal alle Ehre machen und die schlimme Kälte bringen, die der Volksmund „Schlehdornkälte" nennt, weil sie so oft dem gerade um diese Zeit blühenden Schlehdorn Schaden bringt. Dem Schutzpatron des Weines, dem heiligen Urban, ist der 25. Mai geweiht, auf den alte Erfahrung den Spruch geprägt hat: „Hat Urbani Sonnenschein, hofft man viel und guten Wein". Von den beweglichen Festen des Kirchenjahres bringt der Mai endlich auch Christi Himmelfahrt (13.) und am 23. das fröhliche Pfingstfest.

Das drängende, lebenschaffende Maiwachstum hat schon seit altersher einen ganz besonderen Mai-Aberglauben gezeitigt, nämlich den Glauben an die Segenskräfte des Maiwassers. Ist es der Regen, der im Mai fällt, oder ist es der Maitau oder das Wasser, das den Hellquellen entströmt: immer erwartet man Wunderwirkung vom Maiwasser. Wie einst, so holen sich die jungen Mädchen auf dem Lande auch heute noch ihren Maitau zum Gesichtwaschen und stellen sich die Kinder in den Regen, denn: Mairegen macht, daß man größer wird!

In Bezug auf das Maiwetter hat der Volksglaube alle möglichen Regeln aufgestellt: „Abendtau und Kühl im Mai, bringen Wein und vieles Heu", sagt die eine, „Auf trockenen Mai kommt nasser Juni herbei" eine andere, während eine dritte ganz geheimnisvoll andeutet: „Kühler Mai bringt Allerlei". Ein altes Sprüchlein weist sogar darauf hin, daß es im Mai gelegentlich auch noch schneien kann, denn es sagt:

„Der Mai ist selten so gut,
Er bringt dem Zaunpfahl noch einen Hut!"

Die Selbstmordepidemie in den Großstädten.

Wer in einem Lokal oder in einer Lesehalle die Zeitungen der verschiedenen Großstädte durchsieht, stößt in jeder Nummer eines jeden Tages auf zahlreiche Selbstmordberichte, eine Tatsache, die wahrlich jedem zu denken geben müßte. Was die Berliner Blätter gerade in den letzten Tagen in dieser Hinsicht zu berichten wußten, ist mehr als erschreckend und zeigte, daß man dort tatsächlich von einer Selbstmordepidemie reden kann. Relativ ein gleiches Bild zeigen aber auch die anderen Großstädte und auch in Breslau macht sich eine riesige Zunahme der Selbstmorde bemerkbar. Dabei bleibt noch zu bedenken, daß uns nicht jeder Bericht dieser Schlußtragödie unter die Augen kommt, viele Selbstmorde überhaupt nicht in der Oeffentlichkeit bekannt werden, viele im Versuche stecken bleiben und nicht zur Ausführung kommen, was an der Traurigkeit dieser Erscheinung jedoch wenig ändert.

Welches Aufsehen allenthalben, wenn die Tötung eines anderen, ein Mord geschieht, und mit Recht, wie dies in den letzten Tagen gerade in Breslau sich traurigerweise zeigen mußte. Aber mit Unrecht man man gar so wenig Aufsehens von den vielen Selbsttötungen, obgleich sie meist nur der letzte Akt einer erschütternden Tragödie sind, die lange, lange gewährt hat. Man findet wohl noch schöne Worte zur Bemäntelung der grausigen Tat, spricht von Freitod und Aehnlichem. Das ist nicht in der Ordnung, ist soziales Unrecht, ist es um so mehr, als alle Welt es weiß und einsehen muß, daß die allgemeine wirtschaftliche Not, die gegenwärtigen gänzlich unhaltbaren sozialen Zustände in den meisten Fällen diese fast epidemisch gewordene Erscheinung gezeichnet hat. Ist dem so, und wer könnte es leugnen, dann wäre es doch sehr am Platze, daß von allen Seiten, besonders von den Behörden, dieser tieftraurigen Tatsache mehr Beachtung geschenkt würde, um zu helfen und vorzubeugen.

Ja, wirtschaftliche Not, unhaltbare soziale Zustände führen zum Selbstmord. Als der Selbstmord noch eine seltene Erscheinung war, suchte man jeden einzelnen Fall als das letzte Ergebnis krankhafter Zustände hinzustellen. Nur in einem verwirrten und geisteskranken Zustande konnte der Mensch dies getan haben, so hieß es. Diese Sprache mußte der Wahrheit weichen, die nur zu deutlich lehrt, daß sehr oft der Selbstmord mit klarem Geiste, mit Zielbewußtsein, mit unbeugsamem Willen, der an Hartnäckigkeit grenzt, unternommen wurde, wenn das Leben ein größeres Uebel erschien als der Tod. Oder vielleicht möchte man die jetzige Häufigkeit der Selbstmorde mit dem vielgebrauchten Hinweis erklären, daß in der schönsten Zeit des Jahres, im Frühjahr, schon immer die meisten Selbstmorde vorkamen. Wir möchten dem nur insoweit zustimmen, als eben diese Zeit mit ihrem krassen Gegensatz zwischen der Schönheit draußen und der Not im eigenen Leben jene schwermütige Stimmung schafft, die so leicht zum Selbstmord führt. Wahre und häufigste Ursache ist und bleibt die graue Not, die jeden Lichtblick absperrt. Gäben sich doch die Behörden, deren Vertreter in hohen und höchsten Gehaltsgruppen zwar ein verantwortungsvolles aber sorgenfreies Leben führen und all die anderen, die es angeht, die Mühe, sich einmal hineinzuversetzen in die Lage so vieler, die hungern und nur satt an Schulden sind, die ohne Arbeit stehen und auch ohne die Hoffnung, daß es endlich einmal anders wird, oder jener, die vielleicht Arbeit und Stellung haben, aber gänzlich ungenügend bezahlte, so daß sie trotz Mühe und Anstrengung den Boden unter ihren Füßen verlieren, sie würden es besser verstehen, was solch kurzer Selbstmordbericht bedeutet. Betrachtet man die Löhne, die gezahlt werden, die Massen der Arbeitslosen, all das Elend und die Not vieler, man möchte sich wundern, daß nicht noch mehr dies allzu graue Leben von sich stoßen. Wie ein Appell an alle, die es ändern können, wirkt jeder solcher Selbstmordfall. Aendert das traurige Los so vieler, schafft bessere Zustände, bewahrt andere vor gleichem unseligen Geschick!

An jeden aber auch, der mit dem Gedanken solch traurigen Lebensabschlusses spielt, möchten sich diese Zeilen wenden, denn soweit sind wir in unserem Vaterlande bald gekommen, daß es Aufgabe der Tagespresse sein müßte, nach dieser Richtung hin warnend die Stimme zu erheben. Unserer Weltanschauung Gebot ist Kampfen, unsere Losung heißt vorwärts und aufwärts! Fest entschlossen, selber das Leben zu führen und sich nicht vor ihm führen zu lassen, wohin es will, tapfer dem Schicksal zu trotzen, in Treue fest zu stehen zu den vielen Leidensgenossen, die es gibt, schare man sich unter das Banner der Weltanschauung und Partei, die von jeher bis zur Stunde gegen unsere unsozialen Zustände gekämpft hat, die eingetreten ist für die arbeitenden und werktätigen Massen, daß es ihnen besser ergehe, dann wird bei solchem Zusammenstehen der Erfolg nicht ausbleiben. Denn wo der Selbstmord noch vorkommt als seltene Erscheinung von Lebensüberdruß, aber nicht mehr wie jetzt als häufige Wirkung allzu großer Not und Sorge. R.

Die Tätigkeit der Preisprüfungsstelle.

Im April sind bei der städtischen Preisprüfungsstelle, An der Magdalenen-Kirche 1/3 (Magdalenen-Gymnasium), hohes Eingangsthor, Zimmer 4, 68 Beschwerden von Privatpersonen und 17 Anfragen auswärtiger Behörden eingegangen. Polizeipräsidium und Gerichtsbehörden haben 291 Gutachten erfordert, 27 Eingänge wurden an die zuständigen Stellen weitergeleitet. Erledigt wurden (einschließlich Sachen aus Vormonaten) 65 Beschwerden von Privatpersonen, 17 Anfragen auswärtiger Behörden und 278 Gutachten für Polizei und Gerichte. Die Anzeigen und Beschwerden richteten sich in der Hauptsache gegen Leistungswucher jeder Art, insbesondere zu hohe Miets- und Abstandsforderungen für Wohn- und Geschäftsräume und möblierte Zimmer, sowie übermäßige Zinsforderungen, besonders durch private Darlehensgeber, endlich Ueberforderungen für handwerksmäßige Leistungen. Die Anzeigen und Beschwerden wegen Preiswuchers betrafen hauptsächlich verschiedene Gebrauchs- und Haushaltungsgegenstände, Bekleidung, Kolonialwaren, Fleisch- und Wurstwaren, Brot, Semmel, Butter, Gemüse und Obst, sowie Speisen- und Getränkepreise in Gastwirtschaften. Auch mangelhafte Preisauszeichnung wurde wiederholt festgestellt. Die Preisprüfungsstelle macht darauf aufmerksam, daß Antwort an die Beschwerdeführer nur dann erteilt werden kann, wenn Freimarken dafür beigefügt werden.

Die Fürstenenteignung vor dem Reichstag!

Was darüber beschlossen wird,
liest Du nur einwandfrei in der

„Volkswacht"!

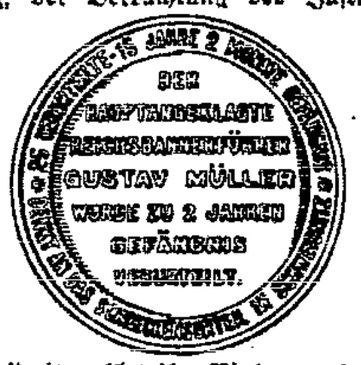
Arbeiter! Angestellte! Beamte!

Sie ist die beste Waffe
in Deinem proletarischen Befreiungskampfe!

Werbe für Dein Klassenorgan! Bringe schon heut einen neuen Leser!

Denkmünzen in Polizeigewahrsam.

Als das Schweidnitzer Urteil im Striegauer Reichsbanner-Prozeß bekannt wurde, ging eine Welle der Empörung durch ganz Deutschland. Bei der Bundesgründungsfeier des Reichsbanners im Februar 1926 in Hamburg sprach der Bundesvorsitzende, Oberpräsident Hörsing, bei Betrachtung der Justiz-



verhältnisse erneut über das Schweidnitzer Urteil. Viele von den Verurteilten sahen ihre Familien der bittersten Not preisgegeben. Das Solidaritätsgefühl der republikanischen Bevölkerung versuchte Hilfe zu schaffen. Es wurde eine Denkmünze herausgegeben, die der Beschlagnahme verfiel. Die Beschlagnahme ist nun aufgehoben worden, doch die Denkmünzen befinden sich noch immer in Polizeigewahrsam. Der preußische Justizminister will verhindern, daß die Denkmünze wieder in Verkehr gebracht wird und gedenkt den Gustav-Müller-Unterstützungsverein mit einer kleinen Entschädigung abzufinden. Die Striegauer Reichsbannerkameraden halten bekanntlich am Sonntag, den 9. Mai, ihre Fahnenweihe ab. Zahlreiche Reichsbannerortsgruppen werden an diesem Tage gemeinsam mit den hart geprüften Striegauer Reichsbannerkameraden für die Republik, für eine durchgreifende Justizreform demonstrieren.

Ein absturzsicheres Flugzeug?

Der Breslauer Kunst- und Bauschlosser Max Bobist, der sich schon seit 15 Jahren mit dem Problem des absturzsicheren Flugzeuges theoretisch und experimentell befaßt, glaubt nunmehr, dieses Problem vollständig gelöst zu haben. An Hand eines kleinen Flugzeugmodells und einiger Zeichnungen demonstrierte er am 5. Mai öffentlich vor einem kleineren Kreise an diesem Problem Interessierter seine Erfindung. Bobist geht davon aus, daß bei Flugzeugabstürzen in 99 von 100 Fällen der hintere, leichtere Teil unversehrt bleibt. Bei der in Frage kommenden Erfindung wird im Moment des Vornüberkippens des Flugzeuges durch eine sinnreiche Vorrichtung das Schwergewicht automatisch nach hinten verlegt. Außer diesem „Ausgleichsgewicht" wird gleichfalls automatisch ein Höhensteuer ausgelöst, wodurch beim Absturz eine ovale Gleitlinie erzeugt werde. Der ovale Bogen richte sich nach der jeweiligen Einstellung des Höhensteuers. Ob dieser Erfindung praktischer Wert zukommt, läßt sich nicht ohne weiteres sagen. Jedenfalls erklärte sich der Vortragende bereit, mit Hilfe eines Flugzeugs, das man ihm zu Versuchszwecken überlassen möge, den Beweis zu erbringen, daß ihm in der Tat eine epochemachende Schutzvorrichtung für Flugzeuge geglückt sei. Anwesende Fachleute waren der Ansicht, daß diese Erfindung immerhin Beachtung verdiene.

Die Spareinlagen in Preußen.

Die Entwicklung des Spareinlagenbestandes bei den preußischen Sparkassen im Monat März 1926. Der Berichtsmonat zeigt das weitere Anwachsen der Spareinlagen bei den preußischen Sparkassen. Nach der vom Preußischen Statistischen Landesamt, Berlin, aufgemachten Statistik beträgt der Bestand an Spareinlagen bei allen preußischen Sparkassen am Ende März 1 357 500 000 Reichsmark gegenüber 1 296 194 000 Reichsmark Ende Februar; davon entfallen auf die schlesischen Sparkassen Ende März 99 510 000 Reichsmark gegenüber 94 035 000 Reichsmark Ende Februar. Die Giroeinlagen bei allen preußischen Sparkassen betrugen Ende März 682 720 000 Reichsmark, die der schlesischen Sparkassen allein 62 896 000 Reichsmark.

Arbeiterfahrkarten für Binnenschiffer.

Die Pressestelle der Reichsbahndirektion teilt mit:

Die Reichsbahndirektion Breslau hatte im Jahre 1923 zur Behebung von Mißbräuchen versuchsweise angeordnet, daß die durch den Tarif vorgeschriebenen Antragsvordrucke zur Erlangung ermäßigter Arbeiterkarten für Binnenschiffer an die Angestellten der Binnenschiffahrt nur durch Vermittlung der Vertretungen dieser Angestellten und der Arbeitgeber ausgegeben werden, und daß diese Vordrucke von diesen Vertretungen abgestempelt sein müssen. Diese Anordnung wird vom 1. Mai d. J. ab aufgehoben, da der Personen- und Gepäcktarif Teil II die Verabfolgung der Arbeiterfahrkarten für Binnenschiffer von der Vorlage eines Personalausweises abhängig macht, der von der Gemeinde- (Ortspolizei-) Behörde ausgestellt, mit der Angabe des Wohnortes und einem Lichtbild versehen und eigenhändig unterschrieben sein muß. Antragsvordrucke für Arbeiterkarten für Binnenschiffer können also vom 1. Mai ab wieder von den Angestellten der Binnenschiffahrt selbst bei den Fahrkartenausgaben gegen Bezahlung und Vorzeigung des Personalausweises bezogen werden. Noch vorhandene abgestempelte Vordrucke können verbraucht werden.

Amtliche Devisenkurse der Berliner Börse

vom 6. Mai.

1 Pfund Sterling	20,366	100 frz. Francs	13,255
1 Dollar	4,195	100 tsch. Kronen	12,418
100 holl. Gulden	168,58	100 Schweizer Francs	81,155
100 belg. Francs	12,72	100 Pesetas	60,26
100 norw. Kronen	90,64	100 schwed. Kronen	112,24
100 Danzig. Gulden	80,77	100 000 ung. Kronen	5,06
100 Lire	16,855	100 östr. Schilling	59,185
100 dän. Kronen	109,66	100 Zloty	40,39

Geschäftliches.

Das Konzerthaus „Kurgarten", Kleinburg, Kürassierstraße (Besitzer C. A. Seiffert), hat am 1. Mai den Sommerbetrieb begonnen. Täglich finden nachmittags und abends Gartenkonzerte des neuverpflichteten Salonorchesters unter Leitung des Kapellmeisters Artur Abl statt.

Konsum- und Sparverein

KSV „VORWÄRTS"

Bekleidungs-Abteilung am Neumarkt Nr. 12

Besonderes Angebot

um mit diesen Artikeln zu räumen! * Nur solange Vorrat reicht! 2426

Herren-Konfektion

Loden-Anzüge Sportfasson, für Burschen 20.00 **15.00**
Loden-Anzüge Sportfasson, für Männer 25.00 **18.00**
Sport-Anzug mit Breechesbes. f. Bursch. 16.00 **12.00**
Sport-Anzug mit Breechesbes. f. Männer 18.50 **14.00**
Herren- u. Bursch.-Anzüge unsortierte Größen . . . von **19.50** an
1 Restposten Winter-Mäntel regulär bis 65.00 mit 30—50 % Rabatt!

Damen-Konfektion

1 Restposten Dam.-Strickjack. reine Wolle, regulär bis 23.00 **9.75**
Kinder-Winter-Mäntel Mädchen
Serie I 1.50 Serie II 2.50 Serie III 3.50

Kleiderstoffe

Kinder-Schotten
Gestreifte Stoffe für Blusen u. Kleider
Frotté * Rockstoffe * Cheviot, 80 cm
Voiles bedr. u. glatt * Crêpe maroquin
Serie I 75 Pf. Serie II 95 Pf. Serie III 1.25 Serie IV 1.50

Wäsche

Oberhemden unsort. Größen, regulär teilweise mit 2 Kragen bis 8.50
Serie I 1.95 Serie II 2.95 Serie III 3.95
Läuferstoffe . . . . . von 95 Pf. an
Stehkragen . . . . . 40 75 Pf.
1 Posten Gummikragen Stehumlegekragen . . 85 Pf.
1 Posten Sportserviteurs in weiß u. gestr. 1.25 75 Pf.
1 Posten Vorhemden weich, o. Hohlteil 75 25 Pf.
1 Posten Strickbinder 75, 50, 25 Pf.
1 Posten Selbstbinder weit und breite 1.25, 95, 48 Pf.

Sie wollen die Schulden bezahlen!

Bekanntlich haben die Deutschnationalen von der Hindenburg-Wahl her sehr viel Schulden, aber sie haben den guten Willen, sie zu bezahlen. Leider werden sie dabei von ihren Junkern und sonstigen großen Herren nach der Wahl im Stiche gelassen, und so sollen nun die kleinen Leute, denen man das Brot verteuert hat, mit monatlich 50 Pfennigen antreten, um die Retterwahl zu bezahlen. Ebenso sollen auch die belogenen Rentner und Sparer monatlich 50 Pfennige blechen. Gar mancher, der von den Schwarz-Weiß-Roten längst nichts mehr wissen will, erhält in diesen Tagen folgendes hektographierte Anschreiben:

Datum des Poststempels

Verehrter Parteifreund!

In Anbetracht der arg verschuldeten Kasse der Inneren Stadtabteilung sind wir gezwungen, mit der Bitte an Sie heranzutreten, uns durch einen monatlichen Beitragszuschuß von mindestens 50 Pf. zu unterstützen. Ein verehrter Parteifreund brachte uns eine große Schuldenlast, in welche wir durch alleinige Wahlarbeit im Jahre 1925 geraten sind. Wir fühlen uns aber verpflichtet, die Schuld schnellstens zu begleichen und darum bitten wir Sie, das Geld an unsere Bezirksvertrauensleute, welche sich als solche ausweisen können und eine Liste zur Eintragung vorlegen, monatlich zu zahlen. Ferner bitten wir diesen Vertrauensleuten ihr Amt in jeder Weise zu erleichtern, da dieselben ehrenamtlich tätig sind.

Diesen Beitragszuschuß bitten wir von April bis Dezember 1926 freiwillig zu zahlen.

Mit treudeutschem Gruß

Der Vorstand
Innere Stadtabteilung
D. N. V. P.

Der „verehrte Parteifreund" dürfte die Große Schuldenlast noch recht lange zu stunden haben, und vielleicht das Geld überhaupt nicht erhalten. Das wäre ihm auch ganz recht, denn warum hat er geholfen, das Volk auf Pump zu beschwindeln, heut haben die Deutschnationalen sowieso nicht mehr viel moralischen Kredit im Volke, und wenn bei kommenden Wahlen auch noch der materielle Kredit versagt, wie will man dann wieder siegen? Und alle, die sich einmal die Nase gewischt haben, pumpen den Brüdern doch nichts mehr!

---

* **Maispielplan der Breslauer Volksbühne.** Für die Thalia-Theater-Gemeinde wird im Mai Anzengrubers „G'wissenswurm" gegeben, anschließend kommt im Thalia-Theater für die Stammgemeinde Shaws „Helden" heraus und vom 22. Mai ab das „Nachtasyl" von Gorki. Als Sondervorstellungen finden am 15. und 16. Mai im Lobetheater zwei Aufführungen von Paul Raynalds „Grab des unbekannten Soldaten" statt, das kürzlich in Berlin uraufgeführt wurde. Vom 19. bis 22. Mai einschließlich wird im Lobetheater für die Volksbühne Shakespeares „Der Widerspenstigen Zähmung" gegeben.

Eine Oesterreichische und Schlesische Kunst- und Kunstgewerbeausstellung findet in der Scheitniger Ausstellungshalle in Breslau von Juli bis Ende September statt. Für die Kunstausstellung sind Werke aller in Schlesien wohnhaften und zu Schlesien in Beziehung stehenden Maler, Graphiker und Bildhauer zugelassen. Für die Kunstgewerbeausstellung zugelassen werden Arbeiten des Kunsthandwerkes und der Industrie, an denen Formensinn und Gestaltungskraft gut zur Geltung kommen. Ausstellungsformulare, aus denen alles nähere zu ersehen ist, sind für die Kunstausstellung von der Geschäftsstelle: Künstlerbundhalle, Breslau I, Christophoriplatz, für die Kunstgewerbeausstellung von der Geschäftsstelle des Schlesischen Landesverbandes des deutschen Werkbundes, Breslau I, Blücherplatz 12 zu beziehen. Anmeldungen haben bis zum 20. Mai zu erfolgen.

* **Durch Ausgleiten** zog sich der Maler Robert D. auf der Herzogstraße vor dem Grundstück Nr. 26 einen Oberschenkelbruch zu und mußte nach dem Allerheiligen-Hospital überführt werden.

* **Ein dreister Fahrraddiebstahl.** Am Dienstag abend gegen 7 Uhr wurde einem Lehrling vor einem Fahrradgeschäft in der Katharinenstraße ein Göricke-Rad gestohlen. Nachdem er sich noch kurz vorher von dem Dasein des Rades überzeugt hatte, war es schon im nächsten Augenblick verschwunden. Von dem Täter fehlt jede Spur.

* **Einbrüche in Schrebergärten.** In letzter Zeit wurde in mehreren Lauben der Schrebergärten — Am Finkenweg — eingebrochen, aus denen verschiedene Kleidungsstücke entwendet wurden. In einem Garten haben die Täter einen Posten, anscheinend auch gestohlene Sachen zurückgelassen. Es sind dies: eine grüne Strickjacke mit braunen Aufschlägen, eine graue Kniehose, ein grünes Hemd mit weißen Streifen, ein rotes Taschentuch und ein Paar alte Hosenträger. Geschädigte wollen sich zwecks Besichtigung der Sachen in der Zeit von 8 bis 10 Uhr vormittags im Zimmer 59 des Polizeipräsidiums melden, wo auch zweckdienliche Angaben entgegengenommen werden.

Arbeiter-Sport

Fußball.

Resultate vom 2. Mai 1926.

V. S. V. I	—	Wacker I	1:0
West I	—	Fr. Sportfr. I	1:0
V. f. L. I	—	Silesia-Kickers	7:0
Stern I	—	Sparta I	7:2
Süd I	—	V. f. B. I	4:0
Sturm I	—	Möve I	5:1
Wacker II	—	Hundsfeld I	kampflos f. Wacker
V. f. L. II	—	Falke I	3:1
Sparta II	—	Stern II	6:3
Wacker III	—	Süd III	6:0
West I Jugend	—	V. f. L. I Jugend	kampflos f. West
Stern Schüler	—	1924 Schüler	3:0
West III	—	Sparta III	6:3
West II	—	Fr. Sportfr. II	5:1
V. f. L. III	—	Fr. Sportfr. III	kampflos f. V. f. L.
Süd I Jugend	—	Fr. Sportfr. I Jgd.	4:0
F. S. V. II Jugend	—	Fr. Sportfr. II Jgd.	8:2
Union Schüler	—	Fr. Sportfr. Schül.	2:0

Protestkommission. In der am 22. April stattgehabten Protestkommissionssitzung wurde Sportgenosse Völkel als 1. Vorsitzender gewählt. Die Protestgebühren betragen wie bisher 15.00 Mk. Außerdem wird auf § 26 Absatz k hingewiesen. Sämtliche Protestschreiben sowie Protestgebühren sind an Erich Völkel, Bergstraße 41, zu senden.

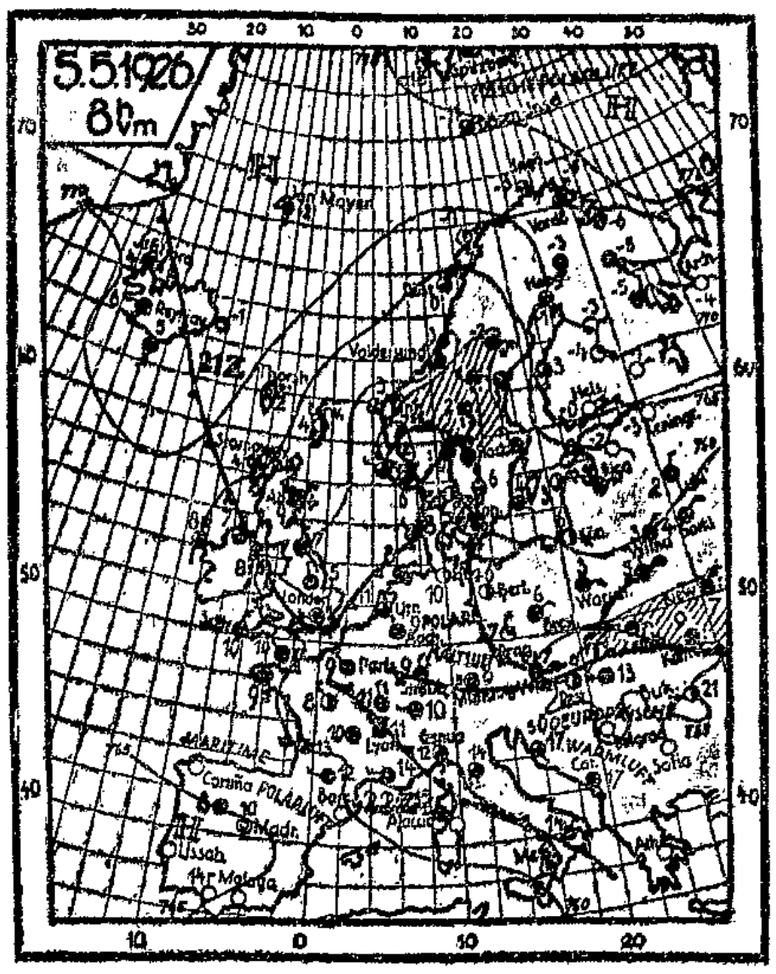
Arbeiter-Radfahrerverein Breslau. In unserem veröffentlichten Monatsprogramm muß es heißen: 9. Mai, 8 Uhr Start Ring. Die umliegenden Ortsgruppen 7½ Uhr, und schließen sich der Ortsgruppe Breslau an zur Bezirksfernfahrt nach Trebnitz. 16. Mai, nachmittags 2 Uhr, Start Matthiasplatz, Richtung Trebnitzer Straße. Pfingstfahrt: Startplatz Teichäcker, Spitze Bohrauerstraße. Abfahrt Sonnabends 5 und 7 Uhr.

Der Sportklub 02 Breslau beginnt am Sonnabend, den 8. Mai, mit einem Kursus für Schwerathletik, insbesondere im Ringen. Derselbe wird von erfahrenen Sportlern geleitet. Auch besitzt der Vereine eine Schülerabteilung, in welcher der Jugend Gelegenheit geboten wird, sich sportlich zu betätigen. Auch diese Abteilung steht unter Aufsicht von älteren Sportsleuten. Teilnehmer zu diesem Kursus können sich schon jetzt melden. Uebungszeit in der Halle Brunnenstraße jeden Mittwoch und Sonnabend von 7 bis 9 Uhr, Schüler von 6 Uhr an.

Sportverein 1897. Auf dem Turnplatz der Vorschule am Sauerbrunnen veranstalten wir am 30. Mai leichtgewichtige Wettkämpfe, deren einzelne Disziplinen noch veröffentlicht werden, offen für den Bezirk Breslau. Training der Leichtathleten jeden Mittwoch abend und Sonntag vormittag.

Briefkasten.

Ed. Kost braucht nicht gegeben zu werden, nur zum Quartier wird gebeten.



Amtlicher Wetterbericht des Meteorologischen Observatoriums Krietern bei Breslau.

(Nachdruck auch mit Quellenangabe verboten.)

Auch am Mittwoch dauerte in Schlesien das sehr kühle Wetter bei bedecktem Himmel an. Da wir noch immer im Bereiche der Kaltluftmassen liegen, erreichten die Mittagstemperaturen nur etwa 6 bis 7 Grad. Im Gebirge herrschte nebliges Frostwetter. Die Zufuhr polarer Kaltluft hält noch immer an. Es ist daher zunächst noch mit Fortdauer der herrschenden Witterung zu rechnen. Aussichten: Bei schwacher Luftbewegung vorwiegend wolkiges Wetter, vereinzelt etwas Regen, zunächst noch kühl. Aussichten für die schlesischen Gebirge: bei schwacher Luftbewegung neblig-trübes Wetter, etwas milder.

Letzte Wetternachrichten.

Datum: 6. 5. 26.	Temperatur heut früh	Temperatur Maxim. seit 24 Stunden	Temperatur Min. seit 24 Stunden	Wetter	Wind	Niederschlag	Schneehöhe cm
Krietern	6	7	5	bedeckt	SSO 2	gering	
Schneekoppe	−3	−1	−4	Nebel	SW 4	1	
Grünberg	7	8	5	bedeckt	NO 2		
Oberschreiberhau	4	5	1	„	NO 1		
K.-Schles. Baude	3	—	—	„	still		
Neusträgerbaude	3	3	−1	„	W 2		
Reinerz	4	6	1	„	still	gering	
Landeck	3	5	0	„	ONO 2	gering	
Görlitz	7	10	4	heiter	O 2		
Bad Flinsberg	5	7	0	„	NW 1		
Beuthen	6	7	2	wolkig	SO 2		
Breslau	6	8	3	heiter	SSO 2	gering	
Heufuderbaude	2	—	—	klar	NW 1		
Kreuzburg	9	11	2	wolkig	ONO 2	gering	
Neisse	5	7	3	„	O 1		
Gleiwitz	6	7	4	„	SO 1		
Zobten	6	6	3	„	NO 1		
Bad Salzbrunn	5	7	2		O 1	gering	

Breslauer Produktenbörse.

Amtliche Notierungen der an der Breslauer Produktenbörse vom 5. Mai 1926 gezahlten Preise in Reichsmark bei sofortiger Bezahlung (nur für Kartoffeln gilt der Erzeugerpreis) ab schlesischer Verladestation in vollen Waggonladungen (mit Ausnahme von Futtermitteln, die sich Frachtparität Breslau verstehen). Tendenz: Getreide: Still. — Oelsaaten: Weiter geschäftslos. — Mehl: Ruhig. — Sämereien: Geschäftslos.

Tägliche amtliche Notierungen (100 kg): mittlerer Art und Güte der letzten Ernte bei sofortiger Bezahlung.

Getreide:	5.	4.	Oelsaaten	5.	4.
Weizen 74 kg*	28,00	28,00	N. Winterraps	—,—	—
Roggen 71 kg*	17,10	17,10	Leinsamen	29,—	—
Hafer, neuer	18,30	18,30	Senfsamen neu	87,—	—
Braugerst. neu	18,00	18,00	Hanfsaat	22,—	—
Winter-Gerste	17,00	17,00	Mohn, blau neu	128,—	—

* Hektoliter- bzw. Effektivgewicht.

Amtliche Notierung für Mühlenerzeugnisse (je 100 kg):

	5.	4.		5.	4.
Weizenmehl*	41,50	42,00	Auszugmehl	48,00	48,00
Roggenmehl*	26,50	27,00			

*) Feinere Sorten werden höher bezahlt.

Sämereien, Landware (für 50 kg).

	geringe	mittlere	gute		geringe	mittlere	gute
Rotklee	—	30	140	Timothy	—	20	35
Weißklee	—	40	70	alles seidefrei			
Schwed. Klee	—	70	130	Raygras	—	22	35
Gelbklee	—	20	35	Serradella, alt	—	—	—
Incarnat, neu	—	—	—	Serradella, neu	—	16	20

Sämereien in besserer Körnung, Farbe, sowie mit gewährleisteter Reinheit und Keimfähigkeit entsprechend höher. Alles letzte Ernte und inländische Saaten, außer Luzerne.

Eingesandt.

Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir diejenigen Zuschriften aus unserem Leserkreise, für die wir nur die preßgesetzliche Verantwortung übernehmen.

Die Redaktion.

Das Auto im Bebelpark.

Wie bekannt, ist in den städtischen Anlagen das Radfahren verboten. Um so erstaunter war ich am Sonnabend, den 1. Mai, als ich mit noch drei Kollegen im Bebelpark auf einer Bank saß, daß auf einmal ein Auto quer durch den Park von der Loeseler Chaussee nach der Berliner hindurchfuhr. Sollten die Autobesitzer das Recht haben, auch noch die Anlagen mit ihrem üblen Duft zu verunreinigen? Das Auto hatte die Nummer 1842.

H. T.

Sozialdemokratische Partei

Parteisekretariat:
Gewerkschaftshaus, Zimmer 36
Telephon: Ohle 5832.

Die Rote Woche der Partei!

An die Funktionäre und Mithelfer!

Genossinnen, Genossen! Das Werbeflugblatt muß in jede Wohnung gelangen. Jeder Funktionär ist verpflichtet, es persönlich abzugeben und nicht in den Briefkasten oder vor die Tür zu werfen. Der Zweck ist, mit dem Fernstehenden persönlich zu reden. Dort, wo der Funktionär weiß, daß der Betreffende nur Gewerkschaftler ist, ist ganz besonders darauf hinzuarbeiten, daß er seiner politischen Organisation, der Sozialdemokratischen Partei als Mitglied beitreten muß.

Wir hoffen, daß sich kein Distrikt und kein Funktionär von dieser notwendigen Werbearbeit ausschließt, sondern jeder seinen Ehrgeiz daran setzt, der Beste zu sein.

Der kommende Sonntag muß dieser Arbeit besonders gewidmet sein. Je besser die Vorarbeit, desto größer der Erfolg der Arbeit für Partei und Presse.

Die Genossinnen werden deswegen mithelfen, um für die „Frauenwelt" zu werben. Sie ist die beste illustrierte Aufklärungs-, Unterhaltungs- und Modezeitschrift der proletarischen Frau.

Genossen, Genossinnen! Beweist durch die Tat, daß ihr verläßliche Mitarbeiter der Partei seid!

* * *

Distrikt 11. Freitag, den 7. Mai, holen sich die Bezirkskassierer die Beitragsmarken ab. Sammellisten sind mitzubringen und abzurechnen. Montag, den 10. Mai, wichtige Distriktsversammlung. Kein Genosse darf fehlen.

Distrikt 12. Die Vergnügungskommissionssitzung findet Freitag, den 7. Mai, statt. Erscheinen aller Komiteemitglieder ist unbedingt erforderlich. Die Restverteilung der Flugblätter ist noch vorzunehmen. Es müssen sich alle Genossen und Genossinnen hierfür zur Verfügung stellen. Flugblätter sind noch beim Genossen Simon, Dorfstraße-Karlstraße 14, abzuholen.

Distrikt 14. Alle arbeitsfreudigen Genossen und Funktionäre, die an der Agitation teilnehmen, treffen sich Sonntag, früh ½9 Uhr, bestimmt bei Graf, Westendstraße 37.

Distrikt 16. Sonntag, den 9. Mai, findet ein Familien-Ausflug nach Kaffeehaus Friedrichsruh (Rosenthal), statt, verbunden mit Preiskegeln und Kinderbelustigungen. Treffpunkt mittags 1 Uhr, Am Wäldchen, an der Kinderkrippe. Zahlreiche Beteiligung erwünscht.

Distrikt 17. Am Sonntag, den 9. Mai, findet ein Maiausflug der Funktionäre mit Angehörigen statt. Die Vorwärts-Funktionäre vom Lager 28 sind hierzu freundlichst eingeladen. Treffpunkt früh 5 Uhr vor dem Bergkeller. Ziel Masselwitz.

Distrikt 20. Alle Funktionäre und arbeitsfreudige Genossen treffen sich heute abend, 7 Uhr, bei Goertz, Enderstraße 11.

Distrikt 25. Freitag, den 7. Mai, abends 8 Uhr, findet bei Lamert, Brigittental 16, eine wichtige Funktionärversammlung statt. Auch alle arbeitsfreudigen Genossen sind dazu eingeladen.

Distrikt 26. Der geplante Maiausflug am Sonntag, den 9. Mai, kann aus besonderen Gründen leider nicht stattfinden.

Distrikt 30. Die Funktionärversammlung findet Freitag, den 7. Mai, nicht den 6. Mai, bei Hartmann, Lehmgrubenstraße Nr. 50, statt.

Distrikt 31. Freitag, abends 8 Uhr, bei Langner, Funktionär- und Komiteesitzung. Alles wird ersucht, zu erscheinen.

Distrikt 32. Heute, abends 7½ Uhr, findet bei Ikes, Neudorfstraße 99, eine wichtige Funktionärversammlung statt.

Achtung! Politische Arbeitsgemeinschaft Birnbaum. Der Vortragskursus findet voraussichtlich erst Ende Mai statt.

Jüngere Jungsozialisten. Alle arbeitslosen Jugendgenossen treffen sich Freitag, früh 7½ Uhr, an der Paßbrücke zu einer Fahrt. Gäste willkommen.

Der Säuglingspflegekursus findet morgen, Freitag, abends 8 Uhr, im Zimmer 5 des Gewerkschaftshauses, statt. Zahlreiche Beteiligung wird erwartet.

Achtung, Frauenleiterinnen!

Genossinnen! Von der am 14. Februar stattgefundenen Bezirks-Frauenkonferenz sind photographische Bilder zum Kauf vorhanden. Ein großes Bild, 35×30 Zentimeter, auf Steifkarton, kostet 2.50 Mark, ein Bild in Postkartenform 40 Pf. Die Ausführung ist sehr gut. Bestellungen unter gleichzeitiger Bezahlung sind im Parteisekretariat, Gewerkschaftshaus, Zimmer 38, abzugeben.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold".

Reichsbannerkameraden! Republikaner!

In einer Zeit schwerer wirtschaftlicher Not, erschütternder Arbeitslosigkeit, innerpolitischer Ratlosigkeit, in einer Zeit, in der jede Regierung bestrebt sein müßte, den inneren Frieden zu wahren, versucht man auf dem Verordnungswege die schwarz-rot-goldene Fahne der Republik herunterzuholen. Wehrt den Anfängen. Denkt an die Jahre nach 1848, wo man uns zwang, die Freiheitsfahne einzuziehen. Nie mehr darf dies geschehen! Eher soll der letzte Mann verderben, eh' die Freiheit wieder sterben! Darum heraus zum Massenprotest.

Der Ortsverein Breslau des Reichsbanners „Schwarz-Rot-Gold" steht heut, Donnerstag, den 6. Mai, abends 8 Uhr, auf dem Friedhofe, Feldstraße.

Die Abteilungen des Ortsvereins treten zum Anmarsch nach diesem Sammelpunkt an:

Abteilung Ost: 7½ Uhr, Mauritiusplatz;
Abteilung Süd: 7¼ Uhr, Museumsplatz;
Abteilung West: 7¼ Uhr, Wachtplatz;
Abteilung Nord: 7¼ Uhr, Gneisenauplatz.

Alles ist zur Stelle! Kein Kamerad darf fehlen! Die republikanische Bevölkerung ist herzlichst eingeladen!

Arbeiter-Jugend.

Gymnastikkursus. Heut abend beginnt der Kursus für die Burschen um 7 Uhr, für die Mädels um 8 Uhr. Tagungsort: Heiligesgeist-Gymnasium, Augustaplatz.

Konzerte — Theater — Vergnügungen.

Stadttheater. Heute Donnerstag, Anfang 7½ Uhr, beginnt Kammersänger Leo Slezak von der Wiener Staatsoper sein auf zwei Abende berechnetes Gastspiel mit „Othello". Das zweite Gastspiel als Walter Stolzing in „Die Meistersinger von Nürnberg" ist für Donnerstag, den 13., vorgesehen. Morgen Freitag, Anfang 7½ Uhr, „Das Lied der Nacht". Sonnabend, 7½ Uhr: „Die Bohème".

Lobetheater. Heute und morgen, abends 8 Uhr: Romain Rollands „Ein Spiel von Tod und Liebe" und Schnitzlers „Der grüne Kakadu". Sonnabend, Erstaufführung von Shakespeares Lustspiel „Der Widerspenstigen Zähmung".

Thaliatheater. Heute und morgen, abends 8 Uhr: „Der G'wissenswurm" von Anzengruber. Sonnabend, Erstaufführung von Shaws Komödie „Helden".

Schauspielhaus. „Lene, Lotte, Liese, Josefinens Töchter", der neue große Operettenerfolg von Gilbert, Vater und Sohn, geht allabendlich in der lustigen Aufführung mit Minna Lang an der Spitze in Szene. Sonntag nachmittag „Mädi" von Robert Stolz.

Wasserstand

6. Mai.

Ratibor	1,56	Dyhernfurth	1,88
Neiße (Stadt) v. 5. 5.	0,50	Abflußmenge sekundlich 113 cbm	
Neißemündung (Unter-Pegel)	1,76	Treschen	1,18
Ransern (Unter-Pegel)	2,58	Fürstenberg v. 5. 5.	0,56
Brieg (Mastenkran)	2,37	Wassertemp.: +13°, 2	

Vereinskalender.

Steinsetzer, Rammer und Hilfsarbeiter. Sonntag, den 9. Mai, früh 9 Uhr, wichtige Versammlung im Gewerkschaftshaus. Pünktliches Erscheinen eines jeden Kollegen ist Pflicht.

Die Ortsverwaltung.

Steinarbeiter (Sektion der Steinmetzen). Freitag, den 7. Mai, abends 7 Uhr, Kassentag und Versammlung, Zimmer 10, Gewerkschaftshaus. Pflicht ist es, daß jeder erscheint.

Der Vorsitzende: G. Sukitz.

Aus aller Welt.

Ueber neue Erfindungen im Luftschiffbau

sprach der technische Leiter der Zeppelin-Luftschiffahrt-Aktien-Gesellschaft, Dr. Eckener, in Stuttgart. Eckener behandelte zunächst die Konkurrenz zwischen Flugzeug und Luftschiff und führte aus, daß für längere Strecken, insbesondere für den Verkehr über den Ozean, das Luftschiff das geeignetere Verkehrsmittel sein und bleiben werde. Schließlich kam Eckener auf eine Reihe von Verbesserungen zu sprechen, die man in Friedrichshafen erfunden habe, um dadurch die Sicherheit und Wirtschaftlichkeit des Luftschiffverkehrs zu steigern. In erster Linie käme hier die Ausschaltung des Benzins als Brennstoff in Frage. Durch eine vollständig neue Art der Gasverwendung wäre es möglich, jegliche Explosionsgefahr der Wasserstoffgase zu vermeiden. Um die vollständige Ausnutzung dieser Neuerungen zu ermöglichen, müsse die Bauzeit des neuen Luftschiffes um ein halbes Jahr hinausgeschoben werden. Als erste Luftverkehrsstraße des neuen Luftkreuzers sei die Verbindung Spanien—Südamerika in Aussicht genommen, die eine Verkürzung der Fahrtdauer gegenüber der Dampfschiffahrt von 12 auf 3½ bis 4 Tage bringen werde.

Mary Pickford und Douglas Fairbanks,

die amerikanischen Filmstars, haben anläßlich ihrer Einladung durch den Berliner Oberbürgermeister diesem eine Spende von 10 000 Mark für Kunst und Jugendwohlfahrt übergeben. Der Betrag stellt das Ergebnis der Sondervorstellung im Capitol dar, der Oberbürgermeister Böß und der amerikanische Gesandte beigewohnt hatten.

Das Charlottenburger Fernheizwerk

wird immer weiter ausgebaut. Als erster Bauabschnitt werden das Städtische Opernhaus, die Volksbadeanstalt und das neue Turmhaus des Volkshauses der Bücherfreunde dem städtischen Fernheizwerk angeschlossen, und zwar sollen die Arbeiten so beschleunigt werden, daß der Anschluß der Gebäude bis zum kommenden Winter erfolgen kann. Bei den Bauarbeiten wird eine große Anzahl Erwerbsloser Beschäftigung finden.

Mordprozeß.

Ein Darmstädter Student steht dieser Tage als Mädchenmörder vor dem dortigen Schwurgericht, weil er in der Nacht vom 20. zum 21. August 1925 in seiner Wohnung in Darmstadt die 31 Jahre alte Stütze Anna Dillmann aus Idar ermordet hat. Die Tat erregte damals großes Aufsehen, weil zunächst weder die Persönlichkeit der Toten noch irgendeine Spur vom Mörder festgestellt werden konnte. Erst als die von der Leiche angefertigten Photographien durch einen Zufall in die Hände der Eltern der Ermordeten kamen, wurde ihre Identität festgestellt. Der Verdacht richtete sich bald auf den Studenten Joseph Meon, der kurz nach der Tat aus Darmstadt geflüchtet war. Meon wurde von einem ehemaligen Mitstudenten in Gotha erkannt und festgenommen. Er hat nach seinem Geständnis die Dillmann in seiner Wohnung umgebracht, die Leiche in ein Paket zusammengeschnürt und mit seinem Fahrrade auf die Fundstelle gebracht. Als Sachverständiger ist der Sexualpsychologe Magnus Hirschfeld geladen.

Wissenschaftliche Tagung in Moskau.

Am 6. Mai beginnt in Moskau eine Tagung des Plenums des Zentralsowjets der Sektion der wissenschaftlichen Arbeiter. Gegenstand der Beratung ist u.a. die Frage der Gehälter der Professoren und Angestellten der Hochschulen und wissenschaftlichen Institutionen.

Ein Fund aus der Steinzeit bei Leningrad.

Die historische Abteilung der Russischen Akademie der Wissenschaften hat die Mitteilung erhalten, daß bei Erdarbeiten im Leningradschen Gouvernement ein Wohnraum aufgedeckt worden ist, der aus der Steinzeit zu stammen scheint, worauf die vorgefundenen Geräte und Waffen hinweisen. Die nähere Untersuchung der Wohnstätte wird Sachverständigen übertragen.

Schneesturm in Ostrußland.

Im Osten des europäischen Rußland herrschte noch in den letzten Apriltagen strenges Winterwetter. Auf der Eisenbahnlinie östlich von Perm blieb infolge von Schneeverwehungen ein Postzug stecken und konnte erst von einem zur Hilfe abgesandten größeren Aufgebot von Eisenbahnarbeitern freigemacht werden. Man rechnet auch in diesem Gebiet mit großen Ueberschwemmungen bei der nun beginnenden Schneeschmelze.

Ein großer Brand

ist im Rotterdamer Hafen ausgebrochen, dem außer dem großen Speicher der Firma Wamberße und verschiedenen benachbarten Schuppen auch 400 Tonnen Chile-Salpeter, die gerade aus dem Dampfer „Almelo" gelöscht worden waren, zum Opfer fielen. An der Bekämpfung des Brandes beteiligten sich 18 Löschdampfer, die aus 21 Rohren Wasser gaben. Durch den Brand entwickelten sich mehrere Gasexplosionen, durch die vier Mitglieder der Löschmannschaft schwer verletzt wurden. Der Schaden wird auf rund eine Million Gulden geschätzt.

Das Nordpolluftschiff „Norge"

ist am Mittwoch vormittag von Petersburg nach Spitzbergen abgeflogen. In Oslo, dem Sammelpunkt der Nordpolfahrer in Spitzbergen, herrschte bereits große Unruhe, da die „Norge" durchaus nicht von Petersburg abfliegen wollte und da man fürchtete, daß Kapitän Byrd, der mit größter Eile die Vorbereitungen zu seiner Expedition trifft, Amundsen zuvorkommen könnte. Byrd hat bereits seine Flugzeuge montiert, die Motore eingebaut und die ersten Probeflüge in Angriff genommen. Zweifellos ist die plötzliche, trotz der ungünstigen Witterungsverhältnisse erfolgte Abfahrt der „Norge" auf das Konkurrenzunternehmen des Kapitän Byrd zurückzuführen.

Ein Sprenganschlag auf eine französische Eisenbahnbrücke wird aus Metz gemeldet. Zwischen Petite Rosselle und Forbach waren Sprengkörper am Bahngleis angebracht worden, offenbar um den Zug zum Entgleisen zu bringen und ihn dann auszuplündern.

Familien-Anzeigen

Danksagung.

„Mama, so lange, lange schlafen!"

Für die beim Heimgange unserer unvergeßlichen lieben

Rosel

kundgegebenen Beweise der Liebe, Wertschätzung und wahrhaften Freundschaft, den Herren Aerzten und dem Personal des Allerheiligen-Hospitals für ihre aufopferungsreiche Tätigkeit, dem Werkmeister-Gesangverein für die trostreichen Lieder und Herrn Dr. Kramer für seine so inhaltsreichen Worte, für die zahlreichen, herrlichen Blumenspenden und allen, allen Teilnehmern meinen allerherzlichsten Dank.

Breslau, den 6. Mai 1926.

3770 **Richard Baselt.**

Mitgliederversammlung
der Breslauer Naturheilvereine
im „Gewerkschaftshaus" (großer Saal)
Margaretenstraße 17
Freitag, den 7. Mai 1926, abends 8 Uhr,
Vortrag des Herrn Dr. med. **Witting** Hildesheim
über: **Naturheilkunde u. Volksgesundheit erläutert am Beispiel der Krebskrankheit**
Zur Deckung der Unkosten wird ein Eintrittsgeld von 30 Pf. erhoben.
Gäste sind willkommen. 3767
Biochemischer Verein Breslau gegr. 1913 E. V.
Breslauer Verein Volkswohl — Naturheilverein Luftbad Wilhelmsruh — Heilbund — Bund für Fruchternährung
Naturalisten-Verband — Vegetarische Gesellschaft
Komplexhomöopathischer Verein — Kneippverein

Es macht schlank!

Herr Johannes Köhler, Altenburg i. Thür., Uferstr. 7, schreibt uns: „Seit 4 Jahre langem Suchen, verbunden mit großen Geldkosten des Probierens, habe ich endlich das gefunden, was gegen Korpulenz mit Erfolg und ohne Schaden anzuwenden ist, das Kruschen-Salz."

Dieses Urteil ist nichts besonders Verwunderliches, sondern eine ganz natürliche Folge der Wirkungen des Kruschen-Salzes.

Kruschen-Salz ist von allerbester Einwirkung auf Leber und Nieren, es treibt die überflüssigen wässerigen Massen, die den Körper aufschwemmen, auf natürliche Weise heraus. Deshalb ist Kruschen-Salz von großem Einfluß auf das körperliche Normalgewicht.

In Apotheken und Drogerien M. 3.— pro Glas, für 3 Monate ausreichend.
BEUTHIEN & SCHULTZ G. M. B. H., BERLIN N 39, PANKSTRASSE 13—14.
Fabriklager: Heinrich Weber, Breslau, Ring 8, Fernruf: Ohle 6525.

Statt hoher Mietszahlung **Mietsfreiheit.** Die kinderlose Beamtenfamilie sowie **Kriegsbeschädigte** bauen wir überall **Wohnungen u. Siedlungen** ohne Bauschöffe. Wohnung wird Eigentum. Reflektanten melden sich unter 1353 Volkswacht-Buchhdlg., Breslau III, Neue Graupenstr. 5.

B. Wollberge
Mtr. 1.40—2.00 Mk., Köper Mtr. 70 Pf., Leinwand Mtr. 45 Pf. bis 1.30 Mk., Aermelfutter 80 Pf. bis 1.30 Mk., Garn 1000 Meter in allen Marken 35 bis 85 Pf. Kernseife 700 Gramm 65 Pf.
Berthold Lippert, Heinrichstraße 16.

Fahrräder
Gummi :: Zubehör verkauft billig
Geier 9769
Freiburger Str. 16

Schnürjenkel, 2—10 Pf. Lippert, Heinrichstr. 16. 3771

Billige Preise! Gute Qualitäten!

Bettbezug	weiß, 2 Meter lang	3.95
Bettbezug	mit 2 Kissen aus guten, karierten Stoffen	7.95
Züchen	kariert, Meter	78 Pf.
Linoleum	65 cm breit Meter	1.95
Arbeitshosen	von	2.75 an
Knabenhosen	2.50	1.95
Knab.-Manch.-Hosen		3.95
Knaben-Anzüge	7.50	4.95

Gummi-Mäntel und Windjacken f. Damen u. Herren zu Spottpreisen.
Damen-Blusen u. Kleider eigener Anfertigung.
Damen-Kasaks von 1.45 an
Damen-Kleider von 2.50 an
H. Wassermann
Friedrich-Wilhelm-Str. 25.

Verkauf von feinsten 11563
Alten Breslauer
35% per Liter einschließlich Steuer **2.10**
Breslauer Creme 35% . . **2.60**
Weinbrand-Verschnitt 38% . . . . . per Liter **2.80**
Feinste Edellikköre per Liter 3.50 und **3.00**
nur
33 Nikolaistraße 33

Neu aufgenommen:
Yoghurt und Kefyr. 3765

Buchdruckerei Volkswacht
liefert moderne Drucksachen
Preisliste? Flurstraße 4/5

Alter Breslauer 35% per Liter Mk. **2.10**
Crème-Branntwein 36% per Ltr. Mk. **2.30**
Weinbrand-Verschnitt 38% per Ltr. Mk. **2.80**
Echter Weinbrand 40% per Ltr. Mk. **3.60**
Lose vom Faß
Jamaika-Rum-Verschnitt verschiedener Stärke u. Güte per Liter Mk. **3.00** bis Mk. **4.00**
Burgunder-Wein schwere, blumige Ware ¾-Liter-Flasche . . **2.85** ¾-Liter-Flasche **1.50**
inkl. Glas
alles inkl. Steuer
Brennerei-Ausschank
Rother
Matthiasstraße 35
3212

Direkt aus der Fabrik
ohne jeden Zwischenhandel liefern wir für
Mk. **2.10** per Liter einschl. Steuer
den berühmten
Alten Breslauer 35%
Weinbrand-Verschnitt Mk. **2.80**
Echter Weinbrand per Ltr. Mk. **3.50** 11659
Unsere in ganz Deutschland berühmten
Edel-Liköre
Mk. **3.00** und **3.60** alles per Liter einschl. Steuer
Dampf-Destillierwerk
Herzberg & Co.
Höfchenstraße 48, Michaelisstraße 3 und Blücher-Platz 20.

Möbel Ergänzungsstücke aller Art, Büfetts, Schreibt., Schränke, Bettstellen, Küchen, Schlaf- und Speisezimmer 3765 aus erster Hand besser u. **billiger.** Großes Lager, Garantie, Zahlungserleichterung.
G. Fuchs Tischlermeister
Alexanderstr. 24, Hof links und Kl. Fürstenstraße 7, I, an der Tiergartenstraße.

Bitte bei allen Einkäufen stets die Inserenten unserer Zeitung zu berücksichtigen

Käufe
Gebr. Nähmaschine klein od. mittelgroß, zu kaufen ges. Off. m. Preis u. Fabrikat u. St. 303 Geschäftsstelle d. Ztg.

Wohnungen
Suche **Wohnung**
Zahle Abstand. 321
Elbracht, Schulgasse 5, Seitenhs. I.

Gute und sehr billige
Romane und Erzählungen
finden Sie stets in der
Volkswacht-Buchhandlung Modernes Antiquariat
Breslau III, Neue Graupenstraße 5/7.

Kleine Anzeigen
sind kompreß gesetzte einsp. Anzeig. v. Verkäufen, Kaufgesuchen u.a. nur von Privaten. Wort 3 Pfg., fett 4 Pfennige.

Ein gebrauchtes Sofa, neu bezogen, u. Sofa-Tisch billig zu verkaufen Steinstraße 54 bei Winger. 320

Großen Kinderwagen, gut erhalten, verkauft Hecht, Große Dreilindengasse 5, Hth. I. 328

Kindern augen glänzen selig
gebt Ihr ihnen das
Kinderland!
Das gute Buch für die Buben und Mädel des arbeitenden Volkes. Herausgegeben vom Zentralbildungs-Ausschuß der S. P. D.
Schön gebunden, reich illustriert.
Jetzt ermäßigter Preis nur 1.— Mk.
Zu beziehen, so lange vorrätig, durch die
Volkswacht-Buchhandlung, Breslau 3, Neue Graupenstr. 5.

Inserate erzielen in unserer Zeitung — den größten Erfolg! —

Gutschein
Nur gültig bis 15. Mai 1926.
Schneiden Sie diesen Gutschein bitte aus und liefern Sie ihn in der nächsten Apotheke oder Drogerie ab. Sie erhalten dafür eine Probepackung Kuxkrol-Fußbad im Werte von 30 Pfennigen zu Versuchszwecken gratis.
Machen Sie diesen Versuch, der Sie nichts kostet und zu nichts verpflichtet; aber tun Sie es noch heute.
Wer die Kuxkrol-Präparate nicht kennt, kann über sie natürlich kein Urteil abgeben. Wer sie aber einmal gebraucht hat, ist zufrieden und empfiehlt sie weiter.
Durch diesen Gutschein will ich jedem Zweifler Gelegenheit geben, sich von der Vorzüglichkeit der millionenfach bewährten Kuxkrol-Präparate selbst zu überzeugen. Die Güte des Kuxkrol-Fußbades bürgt auch für die Güte des Kuxkrol-Schönheitspflasters und des Kuxkrol-Streupulvers.
Kuxkrol-Fabrik Kurt Krieg, Groß-Salze bei Magdeburg.

Gewerkschaftsbewegung.

Ein Aufruf der Bergarbeiterverbäude.

Essen, 5. Mai. (Eigener Drahtbericht). Am Mittwoch nachmittag fand in Essen eine gemeinsame Besprechung der vier Bergarbeiterverbände statt, in der die durch den Riesenkampf im englischen Bergbau entstandene Lage erörtert wurde. Als Ergebnis der Besprechung wurde folgender Aufruf an die Bergarbeiter Deutschlands erlassen:

An die Bergarbeiter Deutschlands!

Kameraden!

In England ist ein Kampf im Bergbau entbrannt. Die englischen Bergwerksbesitzer wollen die Schichtzeit von 7¾ auf 8¾ Stunden verlängern und die Tariflöhne um 13 Prozent herabsetzen. Der Ausgang des Kampfes kann uns nicht gleichgültig sein. Ein Sieg der englischen Unternehmer würde katastrophale Folgen für die Entwickelung des Weltkohlenmarktes sowohl als auch für die Bergarbeiter aller Länder haben. Darum haben die englischen Kameraden unsere volle Sympathie und Unterstützung, soweit es in unseren Kräften steht. Zunächst kommt es darauf an, die Einfuhr von Brennstoffen nach Großbritannien zu verhindern. Das Verfahren von nicht dringend notwendigen Ueberschichten ist deshalb unter allen Umständen zu unterlassen. Wenn im Verlauf des Kampfes weitere Maßnahmen sich als notwendig erweisen, werden die Bergarbeiterverbände rechtzeitig Stellung nehmen und ihre Entscheidung treffen. Kameraden! Laßt euch nicht durch falsche Parolen von unverantwortlicher Seite irreführen! Jede Einmischung außenstehender Personen und Parteien ist ganz entschieden abzulehnen!

Essen, 5. Mai 1926.

Verband der Bergarbeiter Deutschlands.
Gewerkverein christlicher Bergarbeiter.
Polnische Berufsvereinigung, Abteilung Bergarbeiter.
Gewerkschaft Hirsch-Duncker, Abteilung Bergarbeiter.

Die Transportarbeiter-Internationale

hat eine Vorstandssitzung unter Hinzuziehung von Vertretern der Hafenarbeiter, der Seeleute und der Eisenbahner und unter Beteiligung von Vertretern der englischen Arbeiter auf den 8. Mai nach Ostende einberufen. Die Bergarbeiter-Internationale wird an diesem Tage ebenfalls in Ostende tagen.

Neuregelung der Wartestandszeit für Beamte.

Das Reichsfinanzministerium hat einen Gesetzentwurf vorbereitet, der die Anrechnung der Wartestandszeit der Beamten und die Verwendung von Wartegeldempfängern neu regeln soll. Zur Besprechung der Neuregelung sind die Beamtenorganisationen vom Ministerium zu einer Besprechung gebeten worden.

Ueber den Inhalt des Entwurfs hat das Reichsfinanzministerium bisher nichts verlauten lassen. Da nach den bis jetzt geltenden Bestimmungen die Wartegeldempfänger verpflichtet sind, eine Stelle von nicht geringerem Rang und nicht geringerem Einkommen anzunehmen, muß es sich bei dem neuen Entwurf allem Anschein nach darum handeln, diese Bestimmungen zu ändern. Will man die Beamten veranlassen, nichtgleichwertige Stellen zu übernehmen, will man die Privatvermögen bei der Besoldungsfrage in Anrechnung bringen?

Reichsministerielle Fürsorge für die Unternehmerverbände.

Im „Reichsarbeitsblatt" Nr. 11 gibt das Reichsarbeitsministerium folgenden Erlaß bekannt:

„Der Reichsarbeitsminister.
IV. 3336/26. Berlin, den 9. März 1926.

An die obersten Landesbehörden für Erwerbslosenfürsorge.

Unkostenzuschläge der Unternehmer bei Notstandsarbeiten (Anrechnung der Beiträge zu den Berufsorganisationen).

Der Reichsverband des Deutschen Tiefbaugewerbes, e. V., hat bei mir darüber Klage geführt, daß die Träger der Notstandsarbeiten es häufig ablehnen, die Beiträge, die der Unternehmer für die mit Notstandsarbeiten beschäftigten Arbeiter an seine Berufsorganisation abzuführen hat, auf die Unkostenzuschläge anzurechnen, die sie dem Unternehmer gewähren. Ich habe mich in dieser Angelegenheit mit dem Herrn Reichsminister der Finanzen in Verbindung gesetzt, der in seinem Antwortschreiben an den Reichsverband des Deutschen Tiefbaugewerbes vom 4. Februar dieses Jahres im Benehmen mit mir folgende Entscheidung getroffen hat:

Der Reichsfinanzminister der Finanzen.
IV 7407/25.
I C 537. Berlin, den 4. Februar 1926.

Ausführung von Notstandsarbeiten.

Eingabe an den Herrn Reichsarbeitsminister vom 26. September 1925 — Nr. 40720.

Wenn nach den Satzungen der Berufsorganisation die Höhe der Beiträge abhängig ist von der gezahlten Lohnsumme und hierbei auch die für Notstandsarbeiten gezahlten Lohnbeiträge mitberechnet werden, so ist die Forderung der Unternehmer auf Erstattung der ihnen durch die Notstandsarbeiten entstehenden Beiträge zu ihren Berufsorganisationen an sich anzuerkennen, da auch für die Durchführung der Notstandsarbeiten die Beratung und Hilfe der Berufsorganisationen von den Unternehmern nicht wohl entbehrt werden kann. Die für die Notstandsarbeiten bereitgestellten Mittel müssen jedoch in möglichster Höhe den beschäftigten Erwerbslosen zugute kommen, und es muß der Teil, der für die notwendigen Zuschläge des Unternehmers für Geschäftsunkosten, Geräte, Aufsichtspersonal usw. benötigt wird, so gering wie möglich gehalten werden. Es erscheint daher berechtigt, bei den in erster Linie aus sozialen Interessen zur Vergebung kommenden Notstandsarbeiten von den Berufsorganisationen die Berechnung geringerer Beiträge zu verlangen, als sie für die anderen Arbeiten festgesetzt werden.

Im Einvernehmen mit dem Herrn Reichsarbeitsminister erkläre ich mich daher bereit, bei den Notstandsarbeiten die Beiträge für die Berufsorganisationen bis zur Höhe von 50 vom Hundert der allgemeinen Beiträge als erstattungsfähig anzuerkennen.

Im Auftrage: Schubert.

An den Reichsverband des Deutschen Tiefbaugewerbes, e. V., Berlin W. 57, Potsdamer Straße 91.

Ich darf Sie ergebenst bitten, diese Auffassung den Stellen Ihres Landes, die als Träger von Notstandsarbeiten in Frage kommen, zur Kenntnis zu bringen. Ich brauche wohl nicht ausdrücklich darauf hinzuweisen, daß diese Entscheidung über die Anrechnung der Beiträge nur für das Verhältnis zwischen dem Träger der Notstandsarbeit und dem etwaigen Unternehmer gilt, für die Förderung der Notstandsarbeit und deren Bemessung hat sie dagegen keine Bedeutung.

Im Auftrage: Dr. O. Weigert."

„Der Grundstein", das Organ des Baugewerksbundes, bemerkt dazu ganz richtig:

„Der Inhalt dieses Erlasses ist also, daß aus jedem Fonds der produktiven Erwerbslosenfürsorge die Hälfte jener Beiträge, die der mit Notstandsarbeiten versorgte Unternehmer an seine Berufsorganisation, das heißt an den Unternehmerverband zu zahlen hat, geleistet wird. Da die Gelder der produktiven Erwerbslosenfürsorge zum übergroßen Teil aus den Beiträgen der versicherten Arbeiter, also auch der Bauarbeiter stammen, so ergibt sich, daß Reichsfinanzminister und Reichsarbeitsminister gemeinsam erreicht haben, daß indirekt die Unternehmerverbände im Baugewerbe zu einem erheblichen Teil aus Arbeiterbeiträgen finanziert werden. Ob man zu diesem Zweck an so vielen Stellen den Bauarbeitern die Erwerbslosenunterstützung verweigerte oder ihnen eine vierwöchige Karenzzeit auferlegte? Da nun behauptet wird, daß wir in einem Rechtsstaat leben, nicht in dem gegensätzlichen Sinne von „rechts" zu „links" gemeint, so darf man wohl annehmen, daß die beiden Reichsminister Parität walten lassen und ihrem Erlaß hinzufügen, daß auch den Notstandsarbeitern die Hälfte des Beitrages, den sie an ihre Berufsorganisation zahlen, erstattet werden soll. Die Gewerkschaften sind nämlich dem Verlangen, die Beiträge entsprechend dem geminderten Einkommen der Notstandsarbeiter zu gestalten, längst nachgekommen. Auch ihre Hilfe kann bei der Durchführung der Notstandsarbeiten nicht wohl entbehrt werden. Würden die beiden hohen Amtsstellen ihren Erlaß auch auf die Notstandsarbeiter ausdehnen, so würde auch in einem anderen Sinne die Parität gewahrt. Wir sind von der Gerechtigkeitsliebe der beiden Ministerien so sehr überzeugt, daß wir unserer Verwunderung darüber Ausdruck geben müssen, daß sie in diesem Falle versagt haben. Hoffentlich wird das Versäumte bald nachgeholt. Um den äußeren Anstoß zu geben, fordern wir die Notstandsarbeiter auf, sich mit entsprechenden Petitionen nach Berlin zu wenden. Reichsarbeitsminister und Reichsfinanzminister warten nur darauf — um vor ihrem Gewissen Ruhe zu bekommen!"

Die Entlohnung der Landarbeiterinnen.

In den Pressenotizen, die kürzlich zu den Lohnverhältnissen in der Landwirtschaft erschienen, kam fast ausschließlich die Entlohnung der männlichen Arbeitnehmer zum Ausdruck. Ein Ueberblick über die Entlohnung der weiblichen Arbeitnehmer soll in den nachstehenden Zeilen gegeben werden. Gewählt wurde die Deputantenfrau, weil deren Lohnverhältnisse den zuverlässigsten Wertmaßstab abgeben. Die Zahlen entstammen, wie die früher genannten, den statistischen Lohnübersichten des Deutschen Landarbeiter-Verbandes, von denen bereits schon gesagt wurde, daß sie auch von den Behörden anerkannt und von ihnen zum Teil für ihre Berechnungen verwandt werden.

Löhne der Deputantenfrauen im Februar 1926.

Kreis, Provinz usw.	Arbeitszeit pro Jahr laut Tarif Stunden	Barlohn pro Stunde Pf.	Deputatlohn pro Stunde Pf.	Gesamtverdienst pro Std. Pf.
Kr. Königsberg, Provinz Ostpreußen	2303	11,67	—	11,67
Kreis Randow, Provinz Pommern	2663	15,00	—	15,00
Freistaat Mecklenburg-Schwerin	2581	12,00	—	12,00
Kreise Teltow u. Niederbarnim, Prov. Brandenb.	2550	12,00	3,71	15,71
Ober- und Niederschlesien	2556	13,00	—	13,00

Nach diesen Angaben steht fest, daß sich der Gesamtstundenverdienst auf 12—15 Pfennige beläuft. Bei Zugrundelegung einer Arbeitszeit von 8 Stunden pro Tag ergibt das einen Tageslohn von 96—120 Pfennigen und bei Zugrundelegung einer 48stündigen Arbeitszeit pro Woche einen Wochenlohn von 5,76—7,20 Mark. Der Eindruck von der skandalösen Entlohnung der Landarbeiterinnen wird ein noch größerer, wenn der prozentuale Anteil von dem Gesamtstundenverdienst des Deputatarbeiters genannt wird. Er beträgt in Ostpreußen 40,73 Prozent, in Pommern 43,83 Prozent, in Mecklenburg 35,76 Prozent, in Brandenburg 49,56 Prozent und in Schlesien 46,75 Prozent.

Die landwirtschaftlichen Arbeitgeber mögen auftreten und uns einen anderen Beruf nennen, wo sich die Lohnverhältnisse der Frauen in genau so trauriger Form ausnehmen, wie hier in der Landwirtschaft. Sie werden zu einer solchen Beweisführung außerstande sein. Die Haltung der landwirtschaftlichen Unternehmer zu unseren Angaben über die Lohnverhältnisse ist überhaupt eine recht merkwürdige. Währenddem sie sonst nicht genug reden und schreiben können, legen sie in diesem Falle absolutes Stillschweigen an den Tag. Keiner von ihnen fand bisher den Mut, auch nur ein Wort der Entschuldigung und Entkräftigung vorzubringen. Das ist nichts anderes als der Ausdruck eines schlechten Gewissens und die Furcht vor der Blamage.

Wir werden uns jedoch hiervon nicht beirren lassen. Mit aller Deutlichkeit und Schärfe werden wir unser Vorhaben durchführen, nämlich der Oeffentlichkeit ein einwandfreies und genaues Bild von der Lebenslage derjenigen Menschen zu geben, von deren Arbeitsfleiß und Rührigkeit das leibliche Wohl eines 63 Millionen-Volkes abhängt.

Drei Erholungsheime des Z.d.A.

Dem Zentralverband der Angestellten, der Gewerkschaft der Handlungsgehilfen und Büroangestellten ist es gelungen, in ganz kurzer Frist drei Erholungsheime zu schaffen. In dem Heim „Ahlbecker Hof" besitzt der Z. d. A. am Ostseestrand in Ahlbeck auf der Insel Usedom das beste und größte Haus. Ein zweites Heim, „Bad Finkenmühle", befindet sich in einem Seitental der oberen Schwarza im reizenden Finkengrund, inmitten herrlicher Wälder in einer Höhenlage von 500 Meter über dem Meeresspiegel in Thüringen. Das Bunte Haus, das in allererster Linie der Jugend des Z. d. A. dienen soll, aber selbstverständlich auch allen übrigen Mitgliedern zugänglich ist, wurde kürzlich am Teutoburger Wald in der Nähe Bielefelds fertiggestellt. Drei Erholungsheime in so kurzer Zeit! Dieses Beispiel zeigt, was gemeinsame Kraft zu schaffen vermag. Es ist ein schönes Zeichen sozialen Wirkens, daß der Z. d. A. durch die Schaffung eigener Heime bestrebt ist, seinen Mitgliedern einen guten und billigen Ferienaufenthalt zu ermöglichen.

Der Arbeitsmarkt in Schlesien.

In der Zeit vom 22. bis 28. April ging die Zahl der Arbeitsuchenden in Niederschlesien von 114 232 auf 112 031, das heißt um 1¾ Prozent zurück. Der geringe Rückgang der Arbeitslosigkeit erstreckt sich fast ausschließlich auf die landwirtschaftlichen Arbeitskräfte, für welche die Nachfrage selbst in der Berichtswoche gegen die Vorwoche auch geringer wurde. In den größeren Städten und Industrieorten ist kein merklicher Rückgang der Erwerbslosenziffer zu verzeichnen.

Die Arbeitslage verschlechterte sich im Waldenburger Bergbau, in der Metallindustrie und im Spinnstoffgewerbe, während in der Lederindustrie, im Bekleidungs-, Bau- und Vervielfältigungsgewerbe eine geringe Besserung eintrat. Für ungelernte Kräfte ist die Lage nach wie vor äußerst ungünstig.

Literatur.

Joh. Saalfeld, Wie komme ich in den Vereinigten Staaten vorwärts? Winke und Ratschläge für Auswanderer nach den Vereinigten Staaten von Amerika unter besonderer Berücksichtigung der Kopfarbeiter und Nicht-Handwerker. Verlag der Gutzmannschen Buchdruckerei und Verlagsanstalt Dresden A 5. Da von den deutschen Auswanderern sich 80 bis 90 Prozent den Vereinigten Staaten von Amerika zuwenden, so erscheint jede Bereicherung der einschlägigen Literatur erwünscht, auch wenn die überwiegende Mehrzahl der Einwanderer sich zuerst unter der Obhut vorausgegangener Verwandten oder Bekannten befindet. Der Verfasser des vorliegenden Büchleins von 63 Oktavseiten teilt seine während eines halben Menschenalters „drüben" gesammelten Erfahrungen zu Nutz und Frommen der Neulinge mit und, was er über das Verhalten während der Reise, während der ersten Wochen nach der Landung (bei der Passagiere der 3. Klasse von den Einwanderungsbehörden im Lande der Freiheit weniger artig angefaßt werden als die Fahrgäste der 1. oder 2.), über das Zeitungswesen, Stellenvermittelungsbüros und Erwerbsmöglichkeiten mitteilt, ist dem „Grünhorn" nützlich. Ob aber viel unserer nach Amerika übergesiedelten Landsleute zeitweilig oder dauernd sich als Versicherungsagenten betätigen, — Gewerkschaftlich organisierten Arbeitern, die das Schicksal in das Land des Dollars treibt, sei daneben der von der Arbeiter-, Kranken- und Sterbekasse der Vereinigten Staaten vor zwei Jahren herausgegebene „Ratgeber für Auswanderer" wegen seines reichen Adressenmaterials empfohlen, zumal diese Schrift (87 Seiten) vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund in Berlin kostenlos abgegeben wird.

Henoch.

„Die deutsche Sozialversicherung in heutiger Gestalt", von Fr. Kleeis, Weimar, Heft 22 der Sammlung „Schriften zur Aufklärung und Weiterbildung", herausgegeben vom Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Berlin S.O. 33, 72 Seiten stark, Preis 0,75 Mk.

Vielfach herrscht in den Kreisen der Sozialversicherten eine große Unklarheit über die verschiedenen Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung. Das ist schließlich sehr begreiflich, da die Bestimmungen der RVO. außerordentlich vielseitig und unübersichtlich sind. Diesem Uebel will die von Fr. Kleeis verfaßte Schrift abhelfen. Alle Zweige der Sozialversicherung und auch die verwandten Gebiete der RVO. wie das Reichsknappschaftsrecht, die Angestelltenversicherung und das Reichsversorgungsgesetz werden mit allen ihren Bestimmungen erläutert. Eine Darstellung der geschichtlichen Entstehung und Entwicklung sowie des Aufbaus und der Bedeutung unserer Sozialversicherung leitet die Schrift ein, die vorzüglich geeignet ist, einen fast erschöpfenden Ueberblick über den Ausbau und die Leistungen der deutschen Sozialversicherung zu geben.

Arbeitsrechtliche Rundschau.

1. Vorsicht bei Ausgleichsquittungen.

Vielfach lassen sich die Arbeitgeber bei Entlassungen ihrer Arbeitnehmer Bescheinigungen ausstellen, in denen erklärt wird, daß keinerlei Forderung mehr gegen die Arbeitgeberfirma geltend zu machen ist. Solche Schriftstücke werden meistens von den Gerichten als Anerkenntnis aufgefaßt daß die Rechtsbeziehungen der Parteien endgültig gelöst und abgewickelt sind, daß auch damit auf das Einspruchsrecht gegen die Kündigung und Entlassung verzichtet ist. Grundsätzlich wird auch der Einwand des Arbeitnehmers abgelehnt, daß er sich die Bescheinigung nicht durchgelesen habe. (Vgl. z. B. Gewerbegericht Berlin v. 20. 10. 25 und Arbeitsgericht Berlin v. 4. 3. 26 Neue Zeitschr. f. Arbeitsrecht 26 S. 247.) Es muß daher vor und bei Ausstellung derartiger Bescheinigungen und irgendwelcher Schriftstücke überhaupt äußerste Vorsicht empfohlen werden.

2. Altersvorrückung und Gehalt.

Eine bedeutsame Entscheidung ist kürzlich vom Kaufmannsgericht Fürth bekannt geworden. Zu prüfen war die Frage, welches Gehalt eine Angestellte zu erhalten hat, wenn sie auf Grund des Tarifvertrages bisher den Endsatz ihrer Altersklasse bezogen hat, nunmehr aber in eine höhere Altersklasse eingerückt ist. Das Gericht hat (Gewerbe- und Kaufmannsgericht Bd. 31 S. 313) entschieden, daß die Angestellte auch in der neuen Altersklasse den Endsatz zu beanspruchen hat. Innerhalb der Altersklasse richten sich die Gehaltssätze nämlich meistens nach der Leistungsfähigkeit. Wenn eine Angestellte auf Grund ihrer Leistungen den Endsatz ihrer Altersklasse erreicht hat, muß sie auch in der neuen Altersklasse, in die sie durch Altersvorrückung eingerückt, den ihrer Leistungsfähigkeit entsprechenden Endsatz als Gehalt beziehen.

3. Die Teilnahme von Gewerkschaftsvertretern an Betriebsratssitzungen gegen den Willen des Unternehmers.

Noch immer wehren sich vorurteilsvolle Unternehmer gegen die gewerkschaftlichen Organisationen. Sie können sich nicht daran gewöhnen, ihren Arbeitern, Angestellten und deren Berufsvertretungen diejenigen Rechte zuzugestehen, die ihnen die moderne Gesetzgebung eingeräumt hat. Zu diesen Rechten gehört nach § 31 Betriebsrätegesetz die Befugnis der Gewerkschaften, einen Beauftragten auf Antrag von einem Viertel der Betriebsratsmitglieder an den Betriebsratssitzungen teilnehmen zu lassen. In der Auswahl ihres Beauftragten ist die betreffende Gewerkschaft völlig frei. Der Unternehmer darf dem Delegierten der Gewerkschaft den Zutritt zu den Räumen, in deren Betriebsratssitzungen stattfinden, nicht verwehren. Insoweit ist sein Hausrecht beschränkt. Er hat auch kein Recht darauf, daß ein ihm genehmer Gewerkschaftsvertreter zu den Sitzungen entsandt wird (vgl. Gewerkschaftsztg., Beil. 26, Nr. 4).

4. Lohnzahlung bei Kündigung während der Werksbeurlaubung.

Infolge der Wirtschaftskrise greifen die Arbeitgeber in letzter Zeit häufig zur sogenannten Werksbeurlaubung. Die Arbeitnehmer werden unter Verzicht auf den Lohnanspruch auf bestimmte oder unbestimmte Zeit beurlaubt. Das Arbeitsverhältnis wird also nicht gelöst. Es ruht nur. Die Arbeitnehmer haben ein Recht auf Weiterbeschäftigung, sobald es die Betriebsverhältnisse wieder gestatten. Ihre Papiere und Zeugnisse werden ihnen demgemäß auch nicht ausgehändigt. Kündigt nun aber während der Werksbeurlaubung der Arbeitgeber, was ihm natürlich genau so möglich ist, wie wenn der Arbeitnehmer im Betrieb tätig wäre, so wird die bisherige Abmachung wieder hinfällig. Der Arbeitnehmer, der noch im Arbeitsverhältnis verblieben ist, muß nunmehr genau so behandelt werden, als wäre ohne die Abmachungen der Werksbeurlaubung voll beschäftigt. Es sind deshalb, wie auch kürzlich das Gewerbegericht Offenbach a. M. ausgeführt hat (Schlichtungswesen 26, S. 87), dem Werksbeurlaubten gegenüber alle vertraglichen oder gesetzlichen Kündigungsfristen unter Beachtung des bestehenden Arbeitsvertrages innezuhalten. Demgemäß haben auch, nachdem durch Kündigung die bisherigen Werksbeurlaubungsabmachungen und mithin auch der Lohnverzicht in Wegfall gekommen sind, die gekündigten Arbeitnehmer während der Kündigungsfrist Anspruch auf Lohn

Wirtschaft.

Die G. E. G.

Ihre Tätigkeit im Jahre 1925.

le Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine m. b. H. ra legt ihren Geschäftsbericht für das Jahr 1925 vor, ein Ueberschuß in Höhe von 2 460 582,35 Mark erzielt Der Bruttoertrag wird mit 11,2 Millionen angegeben. eten rund 800 000 Mark Einnahmen aus Grundstücks- und erträgnissen. Dem stehen an Aufwendungen für Gehälter ne, Unkosten, Zinsen, Maschinen-, Grundstücks- und Gebäude- in Höhe von 7,5 Millionen Mark gegenüber. Die Ab- nnen erforderten 1,9 Millionen und die Beiträge an den erband deutscher Konsumvereine, an die Fortbildungs- ion usw. rund 108,4 Millionen. Aus dem Ueberschuß 5 Prozent = 282 000 Mark auf das eingezahlte Stamm- als Zinsen verteilt. Darüber hinaus werden 250 000 Mark servefonds, 453 000 Mark dem Disposition sfonds, 1,1 Milli- Mark dem Produktionsfonds und 50 000 Mark dem - und Unterstützungsfonds überwiesen.

ber die Geschäftsentwicklung im Jahre 1925 wird im sbericht u. a. gesagt, daß der Warenumsatz die Höhe von 171 Mark erreichte. Der Umsatz im Jahre 1924 betrug 278 Mark und im Jahre 1913 nur 154 047 360 Mark. Er also gegenüber dem Jahre 1924 um 59 703 193 Mark 35,44 Prozent und gegenüber dem Jahre 1913 um 55 Mark = 48,12 Prozent erhöht. Es ist fest- , daß der Umsatz des Jahres 1913 auch mengen- im Jahre 1925 erheblich überschritten worden se Tatsache ist angesichts der Wirtschaftskrise in Deutsch- d der sich immer mehr einschränkenden Kaufkraft der Bevölkerung von größter Bedeutung. Sie beweist, daß Zeitlang steigenden Umsätze der Konsumvereine pro Kopf lkerung, mit der verschiedentlich großer Mißbrauch ge- worden ist, nicht auf eine Stärkung der Kaufkraft pro ndern auf eine Ausbreitung des konsumgenossenschaftlichen s zurückzuführen ist. Von dem Umsatz entfallen auf die

	1913	1924	1925
	(in 1000 Reichsmark)		
teilung	143 936	142 167	192 830
onsbetriebe	10 111	26 298	35 339

Jahre 1913 entfielen auf die Warenabteilung rund ozent des Umsatzes und im Jahre 1924 nur 84,39 Prozent. Jahr 1925 ergibt sich ein Anteil von 84,51 Prozent, oduktionsbetriebe waren 1913 am Warenumsatz mit zent beteiligt und im Jahre 1924 mit 15,61 Prozent. Der ank im Jahre 1925 auf 15,49 Prozent. Die Umsatz- g der Produktionsbetriebe ist also um ein geringes im is zur Erhöhung der Umsätze in den Handelsabteilungen lieben. Das muß eine Mahnung an die Konsum- haften sein, sich für den steigenden Absatz der eigenen triebe einzusetzen.

Anteil der Warenlieferung der Großeinkaufsgesellschaft Konsumvereine an dem Umsatz der deutschen Konsum- überhaupt ist in dauerndem Steigen begriffen. Im 25 betrug der Umsatz der dem Zentralverband deutscher ereine angeschlossenen Gesellschaften 707 511 800 Reichs- Der Bezugsverein der Großeinkaufsgesellschaft deutscher ereine Hamburg in Höhe von 228 169 471 Reichsmark mit 32,3 Prozent des Eigenumsatzes dieser Vereine. Im 913 machte der Anteil der Großeinkaufsgesellschaft nur ent und im Jahre 1913 rund 29,3 Prozent des Vereins- aus.

er die Auswirkung der Zollschutzgesetzgebung wird bemerkt: „Die Zölle auf Nahrungsmittel konnten sich esende noch nicht im Preis der Inlandsprodukte aus- ail, wie die Einfuhrstatistik ausweist, vor dem Inkraft- r neuen Zollsätze noch riesige Warenmengen eingeführt nd infolge der Wirtschaftskrise die Weltmarktpreise plus Deutschland vielfach nicht erzielt werden konnten. Dazu e überaus günstige Getreideernte auf der ganzen Welt, einer Mehrerzeugung von 16,8 Prozent in Weizen und ent in Roggen gegenüber 1924 sogar den Durchschnitt gnisse in den Jahren 1909—1913 wesentlich übertraf und e Preissteigerung nicht zuließ. Die volle Belastung durch werden die Verbraucher und damit die deutsche Wirt- hrscheinlich erst in der zweiten Hälfte des 1926 zu spüren bekommen, namentlich dann, a am 1. August 1926 die für den Uebergang ermäßigten auf Getreide, Fleisch usw. beseitigt und dafür die auto- llsätze, die durchschnittlich um 50 bis 100 Prozent höher die zurzeit geltenden, erhoben werden. Ueber das den lberaus interessierende Roggenpreisproblem wird gesagt, Tiefstand der Roggenpreise einerseits durch die gute nte, andererseits durch die Wandlung in der Geschmacks- er Bevölkerung bedingt ist, die den Konsum von Weizen weshalb sich die Nachfrage nach Roggen wesentlich ver- Diese Tatsache ließ verschiedentlich Pläne auftauchen, die ung durch entsprechende Verordnungen, ähnlich wie in der irtschaft, zum Konsum von Roggenbrot zu zwingen."

dem Geschäftsbericht der Großeinkaufsgesellschaft wird über die Auffassung ausgesprochen, daß es ein falscher auf diese Weise der Landwirtschaft zu helfen, denn auf r müssen solche zwangswirtschaftlichen Maßnahmen zu en Zuständen führen. Dagegen wird die Notwendigkeit e Landwirtschaft zu veranlassen, den Anbau von Roggen nd einzuschränken und sich dafür dem Anbau von Weizen ren ertragreichen Feldfrüchten zuzuwenden.

Neuer Sturz des französischen Franken.

s, 5. Mai. (Eig. Drahtbericht.) Der am Mittwoch Sturz des Franken, der durch die massiven Franken- für englische Rechnung hervorgerufen worden sein dürfte, lebhafte Beunruhigung hervorgerufen. Der Dollar, ienstag mit 30,60 notiert wurde, schloß am Mittwoch Der Finanzminister Péret kehrt am Mittwoch aus laub nach Paris zurück und wird an dem für Donners- rufenen außerordentlichen Kabinettsrat teilnehmen, der durch den Frankensturz geschaffenen Lage befassen soll.

stehende Valorisierung der polnischen Zollsätze.

olnische Finanzministerium beabsichtigt, die bestehenden auf Goldbasis zu stellen, und zwar sollen die Zölle nach igen Kurs des Goldfranken, der einem höher als der Franken liegt berechnet werden. Diese Verordnung ist bevorstehende Entwertung des Zloty zurückführen, welche die Zölle begleitenden Einfuhrbeschränkungen überflüssig

---

ifamte Kapitalanlage der Versicherungen (Mobilien, Schreib- und Effekten) ist nach dem Bericht vom 30. April um Millionen Mark auf 1069,9 Millionen Mark gestiegen. Steigerung entfielen 52,7 Millionen Mark auf Wertpapiere, die sich auf 1213,7 Millionen Mark erhöhten. Die der nichtsortierten Wertpapiere hat sich ebenfalls um 66 Mil- ert vermindert und beträgt nur noch 196,1 Millionen Reichsanleihen und Reichsschatzanweisungen stiegen auch Mark in den Vorjahr ist (Unterlagen vom 30. April berfassen durch 4000 Filialen und 40 Kundenbüros 1197 Millionen). Die Depotbestände nahmen um 30- ung und bei einzelnen Zweigunternehmungen zum rt um nicht weniger als 448,8 Millionen auf 807 Mil- Die Kredite an Versicherungsnehmer Deutsch erhöhten 44,6 Millionen Mark auf 301 Millionen Mark. Der ab Ende 1924 Millionen Mark im ersten und zweiten Vier- Die Dotierung der Reserve hat auch erstmals beitrag- t (in der Vorwoche 59,4 Prozent) und betrug Ende und ihrer Zeitwert 61 Prozent (59,1 Prozent).

Aus Schlesien.

Bund technischer Angestellten und Beamten.

In Waldenburg fand der siebente ordentliche Gautag des Gaues Schlesien der Butab (Bund der technischen Angestellten und Beamten) statt. Zur Tagung hatten die Behörden und befreundeten Organisationen Vertreter entsandt. Bergrat Koch vertrat das gesamte Bergrevier Waldenburg, Bergrat Weißleder war als Vertreter des Oberbürgermeisters anwesend. Auch das Afa-Kartell, der Werkmeisterverband, Zentralverband der Angestellten und das Ortskartell Waldenburg waren vertreten. Im Geschäftsbericht wurde auf die ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse hingewiesen, unter denen auch die Angestellten und Beamten zu leiden haben. Nicht weniger als 7500 Mitglieder sind erwerbslos. Aus dem vom Gauleiter, Ingenieur Engelmann-Breslau, erstatteten Geschäftsbericht geht leider hervor, daß Kündigungen und Entlassungen mit Betriebsstillegungen an der Tagesordnung sind. Vom Gau sind neben vielen anderen Arbeiten zur Verbesserung der Lage der Mitglieder 49 Tarifverhandlungen geführt und in 47 Fällen Rechtsschutz gewährt worden. Die Verwaltung des Gaues ist vollständig ausgebaut worden. Die Tagung hörte dann einen glänzenden Vortrag des Bundesvorstandsmitgliedes Lustig-Berlin über „Wirtschaftskrise und Gewerkschaften". Den Schluß der Tagung bildeten die Wahl des Gauvorstandes, des Gauleiters, der Vertreter zum Bundestag und der Vorschläge zur Wahl der Bundesvorstandsmitglieder für die kommende Bundestagung.

Schweidnitz. In der Jauchegrube ertrunken. Einen schrecklichen Tod erlitt der 52jährige Arbeiter Karl Philipp von hier, der in der Bögendorfer Siedlung wohnte. Im Begriffe, aus einer Sammelgrube Dung für seinen Schrebergarten zu schöpfen, fiel er in die Grube und ertrank. Der Verunglückte war zurzeit arbeitslos und ist Vater von fünf Kindern.

Schweidnitz. Schwere Unterschlagungen eines Eisenbahnbeamten. Durch Beamte der Eisenbahn-Fahndungsstelle wurde der Eisenbahn-Gütervorsteher Klammer vom Bahnhof Niederstedt verhaftet. Er wird beschuldigt, 20 000 Mark unterschlagen zu haben. Der Verhaftete, der in das hiesige Gerichtsgefängnis eingeliefert wurde, bestreitet die Unterschlagung und gibt an, daß der Fehlbetrag infolge seiner Arbeitsüberlastung durch Buchungsfehler entstanden sei.

Schweidnitz. Die Folgen des kommunistischen Radaus. In der am Dienstag stattgefundenen erneuten Stadtverordnetensitzung wurde ein Antrag auf Aenderung des § 11 der Geschäftsordnung angenommen. Nach dieser Neuerung kann ein Stadtverordneter nach dreimaligem Ordnungsruf von der Sitzung ausgeschlossen und im Weigerungsfalle von zwei weiteren Sitzungen entfernt gehalten werden. Die Mehrheit der Stadtverordneten erklärte, daß diese Maßnahme notwendig sei, um in Zukunft die ordnungsgemäße Erledigung der Tagesordnung zu garantieren.

Saarau. Sittlichkeitsverbrechen eines Turnwarts. Als unfähiger Jugenderzieher erwies sich der ehemalige Turnwart im hiesigen Männerturnverein. Er wurde vom Großen Schöffengericht in Schweidnitz wegen Sittlichkeitsverbrechen, begangen an zwei Mädchen unter 14 Jahren, die der ihm unterstellten Jugendabteilung des Turnvereins angehörten, zu 8 Monaten Gefängnis verurteilt. Da es seine erste Strafe war, wurde ihm eine dreijährige Bewährungsfrist zugebilligt.

Striegau. Kurz vor der Hochzeit vom Tode ereilt wurde der 26 Jahre alte Arbeiter Hauptfleisch. Er fiel an seiner Arbeitsstelle in Baudorf von einer Leiter und blieb besinnungslos liegen. Ins Krankenhaus gebracht starb der Verunglückte kurz nach seiner Einlieferung, ohne die Besinnung wiedererlangt zu haben.

Nieder-Salzbrunn. Die letzte Gemeindevertretersitzung befaßte sich auch eingehend mit der in der Gemeinde herrschenden Wohnungsnot. Unter anderem wurde beschlossen, den Bau eines Zehnfamilienhauses alsbald zu beginnen, um wieder einen Schritt vorwärts auf dem Wege der Linderung der Wohnungsnot zu tun.

Ebersdorf, Kreis Neurode. Großes Schadenfeuer. In der Nacht vom Montag zum Dienstag brannte das Gasthaus „Zur Friedenseiche" bis auf die Umfassungsmauer nieder. Das Feuer brach ganz plötzlich aus und hatte in wenigen Augenblicken das ganze Gebäude erfaßt. Der Feuerschein war weithin sichtbar. Es wird Brandstiftung angenommen.

Landeshut. Ein feiner Direktor. Der Direktor Richter von der Firma Methner & Frahne hatte sich vor dem hiesigen Schöffengericht wegen einer Anzahl maßlosen Beleidigungen der Arbeiter und Arbeiterinnen zu verantworten. Der Anklageschrift war zu entnehmen, daß er den Arbeitern und Arbeiterinnen zurief, sie seien keine Menschen, sondern Schweine. Die Damen, die die von ihnen verfertigten Stoffe tragen, seien keine solche Schweine, wie sie in Landeshut herumliefen. Ein der beleidigten Arbeiter und Arbeiterinnen reichten hierauf die Klage ein und zweifellos wäre es zu einer Verurteilung gekommen, wenn es nicht dem Gerichtsvorsitzenden gelungen wäre, einen Vergleich herbeizuführen. Der Direktor nahm die beleidigenden Aeußerungen mit dem Ausdruck des Bedauerns zurück und erklärte sich bereit, die Kosten des Verfahrens zu tragen.

Warmbrunn. Drei Kinder von einem Auto überfahren. Ein schweres Automobilunglück ereignete sich auf der Giersdorfer Straße. Ein Auto der Firma Walfisch überfuhr das etwa 4 Jahre alte Söhnchen des Fabrikarbeiters Dreger, das kurz vor dem ankommenden Auto versuchte, die Straße zu überqueren. Der Knabe wurde überfahren und sofort getötet. Der Autolenker, der versuchte, dem Kinde noch im letzten Augenblick auszuweichen, bog scharf links ab und überfuhr dabei auf dem Bürgersteig die dort befindliche achtjährige Schwester des getöteten Knabens und den gleichaltrigen Sohn des Dr. med. Roche von hier. Während das Mädchen schwer verletzt die Böschung hinunterfiel, kam der Sohn des Dr. Roche unter das Auto zu liegen und erlitt eine erhebliche Kopfverletzung. Das Mädchen wurde in das St. Hedwigskrankenhaus eingeliefert, während der Knabe in seiner väterlichen Wohnung behandelt wird.

Goelitz. Aus einer Luftschaukel stürzte auf der Schützenwiese am Gesellenhause ein 10jähriges Mädchen. Schwer verletzt wurde es nach dem Krankenhause gebracht.

Pausig. Eine Scheune niedergebrannt. In der elften Stunde nachts brannte im nahen Deichsa die massive Scheune des Landwirts und Bauern W. Ludwig bis auf die Mauern nieder. Das Wohnhaus stand in Gefahr und mußte geräumt werden. Viele Hühner und anderes Kleinvieh verbrannte.

Oppeln. Eigenartiger Unfall. Aus einer in der Oberwachdt aufgestellten Luftschaukel stürzte ein junger Mann aus beträchtlicher Höhe und fiel auf einen 17jährigen Zuschauer, den Druckerlehrling Gliba, der durch die Wucht des auf ihn fallenden Körpers so schwere innere Verletzungen erlitt, daß er nach seiner Einlieferung ins Krankenhaus starb. Der junge Mann, der aus der Luftschaukel gestürzt ist, hat merkwürdigerweise keinen Schaden erlitten.

Groß-Strehlitz. Ein Landjäger von einer Bande überfallen. Ein kühner Zusammenstoß ereignete sich auf der Chaussee in Sadne. Der Landjäger Lukas aus Koschmierz befand sich in der Mittagsstunde in Begleitung des Fleischers Franz Gamolla auf dem Nachhause, als er plötzlich von einer 10 Mann starken Bande überfallen wurde. Trotz der großen Ueberzahl legte sich der Landjäger zur Wehr und machte davon, seiner Waffe Gebrauch machen. Er gab mehrere Schüsse ab und verletzte einen der Räuber. Ein weiterer erhielt durch einen Schlagring eine schwere Kopfverletzung und ein dritter eine Verletzung am Unterarm. Im Verlauf des Gefechts erhielt auch der Landjäger eine Schußverletzung. Am Sonntag hatte man bei Verhaften die erste Bande gefaßt. Unter den Zeitungen befand sich [illegible] Mörder befand sich auch aus.

Breslau (Land)-Neumarkt.

Ueberraschender Ausgang der Waldenburger Bürgermeisterwahl.

Stadtrat Behrens im ersten Wahlgange gewählt.

In der gestrigen Stadtverordnetensitzung fand die Wahl des zweiten Bürgermeisters statt. Zur engeren Wahl standen von der SPD. Magistratsrat Dr. Thiede-Breslau, Dr. Wernicke-Stendal als Kandidat der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft und Stadtrat Behrens-Waldenburg als Bewerber des Zentrums. Die Kommunisten hatten beschlossen, für den Amts- und Gemeindevorsteher Fauck zu stimmen. Die Kandidatur Behrens wurde von den bürgerlichen Parteien als Formsache hingestellt. Der Wahlgang hatte das überraschende Ergebnis, daß Stadtrat Behrens schon im ersten Wahlgang mit 19 Stimmen gewählt wurde. Die elf sozialdemokratischen Stimmen entfielen auf Dr. Thiede, während die Kommunisten für Fauck stimmten. Die bürgerlichen Parteien hatten also sowohl mit ihren Wählern als auch mit ihrem Kandidaten Dr. Wernicke, den sie nach Waldenburg hatten kommen lassen, eine Komödie gespielt.

Achtung, Ortsgruppenführer! Die Meldungen der Delegierten (nicht, wie es gestern irrtümlich hieß, der Redner) müssen bis spätestens Sonnabend, den 8. Mai, in unseren Händen sein.

Reukirch. Begünstigt vom schönsten Maienwetter veranstaltete die hiesige Ortsgruppe am Sonnabend, den 1. Mai, ihre Maifeier. Der Festzug bewegte sich gegen 3 Uhr durch das Dorf und zeigte eine rege Beteiligung. In ihm befinden sich die Arbeitersportvereine hiesigen Ortes, sowie der Arbeiter-Radfahrerverein Klein-Gandau. Genosse Reiner-Breslau hielt dann auf dem Gemeindeturnplatz die Festrede. Gleichzeitig begrüßte der Redner die neue Sturmfahne des Arbeiter-Turnvereins und ermahnte die Mitglieder, neben dem Sport aber nicht zu vergessen, daß sie in erster Linie Arbeitersportler sind und geschlossen hinter ihrem neuen Symbol, der roten Fahne der Freiheit, stehen müssen. In markanten Worten appellierte nun Genosse Janke nochmals an die Anwesenden und schloß mit einem dreifachen brausenden Hoch auf die Republik und die internationale, völkerbefreiende Sozialdemokratie die imposante Kundgebung. Vor und nach dem Festakt auf dem Turnplatz trug der Männergesangverein „Einigkeit" einige Freiheitslieder vor. Der Zug bewegte sich nun geschlossen zum Festlokal. Hier sorgten die Arbeiter-Radfahrer durch einige kunstvoll gefahrene Reigen und durch ein Radballspiel für Abwechslung, desgleichen die Turner durch eine Riege der Schülerinnen und eine Barrenriege der Männer. Einige sehr gut gelungene lebende Bilder der Frauen und das zum Schluß gezeigte Flammenwerfen ernteten reichen Beifall. Im Garten sorgten die Spielleute des Reichsbanners neben einigen Liedern der Sänger für Unterhaltung. Auch für die Kleinen fanden im Garten Spiele statt, so daß auch sie auf ihre Rechnung gekommen sein dürften. Ein Tanzkränzchen hielt die Teilnehmer noch bis gegen 12 Uhr beisammen.

Amtlicher Bericht des Breslauer Schlachtviehmarktes.

Hauptmarkt am 5. Mai.

Der Auftrieb betrug: 1189 Rinder, 2843 Schweine, 1124 Kälber, 495 Schafe
Ueberstand vom vorigen Markte waren: 9 Rinder, — Schweine, — Kälber, 22 Schafe

	Es wurde gezahlt für 50 Kilogramm Lebendgewicht: Mark
I. Rinder.	
A. Ochsen:	
a. vollfleischige, ausgemästete höchsten Schlachtwerts, die noch nicht gezogen haben (ungeölscht)	47—51
b. vollfleischige, ausgemästete im Alter von 4 bis 7 Jahren	43—46
c. junge fleischige, nicht ausgemästete und ältere ausgemästete	36—41
d. mäßig genährte junge, gut genährte ältere	30—35
B. Bullen:	
a. vollfleischige, ausgewachsene, höchsten Schlachtwerts	50—52
b. vollfleischige jüngere	46—49
c. mäßig genährte junge und gut genährte ältere	42—45
C. Kalben und Kühe:	
a. vollfleischige, ausgemästete Kalben höchsten Schlachtwerts	46—51
b. vollfleischige, ausgemästete Kühe höchsten Schlachtwerts bis zu 7 Jahren	41—45
c. ältere ausgemästete Kühe und wenig gut entwickelte jüngere Kühe und Kalben	35—40
d. mäßig genährte Kühe und Kalben	28—39
e. gering genährte Kühe und Kalben	20—27
D. Gering genährtes Jungvieh (Fresser).	
II. Kälber.	
a. Vom Berliner Markt, norddeutschen Ursprungs	—
b. feinste Mastkälber	—
c. mittlere Mast- und beste Saugkälber	63—68
d. geringere Mast- und gute Saugkälber	58—62
e. geringere Saugkälber	45—56
III. Schafe.	
A. Stallmastschafe:	
a. Mastlämmer und jüngere Masthammel	50—55
b. ältere Masthammel, geringere Mastlämmer und gut genährte junge Schafe	46—49
c. mäßig genährte Hammel und Schafe (Merzschafe)	30—40
B. Weidemastschafe:	
a. Mastlämmer	—
b. geringere Lämmer und Schafe	—
IV. Schweine.	
a. Fettschweine über 150 kg (3 Zentner) Lebendgewicht	70—71
b. vollfleischige Schweine über 120—150 kg (240—300 Pfd.)	68—69
c. „ „ „ 100—120 kg (200—240 Pfd.)	66—67
d. „ „ „ 80—100 kg (160—200 Pfd.)	64—65
e. „ „ bis 80 kg (160 Pfd.)	—
f. Sauen und geschnittene Eber	55—63

Obige Preise sind Breslauer Marktpreise, nicht Stallpreise der Provinz. Die zwischen beiden liegende Spanne ist bedingt bei dem Breslauer Markte durch die notwendigen Händlerspesen für Fracht-, Markt-, Futter- und Versicherungsgebühren, Unkosten und bergl., sowie durch den unvermeidlichen Gewichtsschwund vom Stall zum Markt.

	Rinder	Schweine	Kälber	Schafe
Ausfuhr nach Oberschlesien	184	113	8	—
„ „ Mittel- u. Niederschles.	58	72	—	10
„ „ Sachsen	85	69	—	—
„ „ Westdeutschland	48	—	—	—
„ „ Süddeutschland	6	—	—	—
„ „ unverkauft Berlin	28	—	—	—
Nachfrage nach anderen Plätzen	2	—	—	—
Ueberstand verblieben	3	15	—	26

Geschäftsgang: Kälber gut, Rinder und Schweine mittel, Schafe schlecht.

Billigkeit, nicht Scheinersparnis

Der Maßstab für die Wirtschaftlichkeit eines Reifens ist seine Leistung. „CONTI-BALLON" ist zuverlässig, schnell und schont durch seine wunderbare Elastizität Wagen und Motor.

Continental Ballon

Continental-Straßenkarte, Handbuch und Atlas, für jeden Kraftfahrer unentbehrlich.